



155377



064850/155377

Internationale Zeitschrift für staatliche Finanzkontrolle

Juli 1994—Jahrgang 21, Nr. 3

© 1994 International Journal of Government Auditing, Inc.

Die *Internationale Zeitschrift für staatliche Finanzkontrolle* wird vierteljährlich (im Januar, April, Juli und Oktober) im Auftrag der Internationalen Organisation der Obersten Rechnungskontrollbehörden (INTOSAI) herausgegeben und erscheint in Arabisch, Deutsch, Englisch, Französisch und Spanisch. Sie ist das offizielle Organ der INTOSAI und soll mithelfen, Verfahren und Methoden der staatlichen Finanzkontrolle zu fördern. Die in ihr enthaltenen Stellungnahmen und Meinungen entsprechen den persönlichen Ansichten der Redakteure bzw. der Verfasser der einzelnen Beiträge, müssen sich aber nicht immer mit der offiziellen Meinung der Organisation decken.

Artikel, Fachbeiträge und sonstige Mitteilungen werden an die Redaktion (editorial offices, c/o US General Accounting Office, Room 7806, 441 G Street, NW, Washington D.C. 20548 USA) erbeten (Fernsprechanruf: 202-512-4707, Telefax: 202-512-4021).

Da diese *Zeitschrift* vor allem in den weniger entwickelten Ländern auch als Lehrmittel dient, finden vornehmlich praxisorientierte Beiträge über die Rechnungsprüfung im öffentlichen Bereich Berücksichtigung. Dazu gehören beispielsweise Fallstudien, Vorstellungen über neue Prüfungsmethoden oder detaillierte Darlegungen über Schulungsprogramme für Rechnungsprüfer. Auf überwiegend theoretisch orientierte Beiträge wird bewusst verzichtet.

Die *Zeitschrift* wird weltweit an die Leiter derjenigen Obersten Rechnungskontrollbehörden verteilt, die in der INTOSAI mitarbeiten. Sonstige Interessenten können sie für jährlich US \$ 5.00 abonnieren. Der Zahlungs- und Schriftverkehr für alle Ausgaben ist an die Geschäftsleitung (Administration Office) der *Zeitschrift* zu richten — P.O.Box 50009, Washington, D.C. 20004, USA.

Alle in dieser *Zeitschrift* erscheinenden Beiträge werden im Sachregister des vom American Institute of Certified Public Accountants herausgegebenen *Accountants' Index* und in den *Management Contents* bibliographisch erfaßt. Bestimmte Beiträge werden auszugswise auch durch die Anbar Management Services in Wembley, England, sowie von der University Microfilms International, Ann Arbor, Michigan, USA, veröffentlicht.

Inhalt

- | | |
|----|--------------------------------|
| 1 | Leitartikel |
| 2 | Kurzmitteilungen |
| 8 | Internationale Organisationen |
| 12 | Abschaffung eines "Wachhundes" |
| 16 | Länderprofil – Simbabwe |
| 18 | Neuerscheinungen |
| 20 | INTOSAI Intern |

Redaktionsbeirat

Franz Fiedler, Präsident, Rechnungshof, Österreich
L. Denis Desautels, Auditor General, Kanada
Dali Jazi, Erster Präsident, Rechnungshof, Tunesien
Charles A. Bowsher, Comptroller General, Vereinigte Staaten
Eduardo Roche Lander, Contralor General, Venezuela

Präsident der IZSF

Peter V. Aliferis (USA)

Chefredakteur

Donald R. Drach (USA)

Redakteurin

Linda L. Weeks (USA)

Redaktionelle Mitarbeiter / Außenredakteure

Hubert Weber (INTOSAI-Österreich)
Mark Hill (Kanada)
Axel Nawrath (Bundesrepublik Deutschland)
Hisashi Okada (ASOSAI-Japan)
Luseane Sikalu (SPASAI-Tonga)
Sharma Ottley (CAROSAI-Trinidad und Tobago)
Abderrazak Smaoui (Tunesien)
Diane Reinke (USA)
Susana Gimón de Nevett (Venezuela)

Verwaltung

Sebrina Chase (USA)

Mitglieder des Präsidiums der INTOSAI

Charles A. Bowsher, Comptroller General, Vereinigte Staaten,
Vorsitzender
Fakhry Abbas, President of the Central Auditing Organization,
Ägypten, Erster stellvertretender Vorsitzender
Elvia Lordello Castello Branco, Ministro-Presidente do Tribunal
de Contas da União, Brasilien, Zweiter stellvertretender
Vorsitzender
Franz Fiedler, Präsident des Rechnungshofes, Republik Österreich,
Generalsekretär
John C. Taylor, Auditor General, Australien
E. David Griffith, Auditor General, Australien
Paul Ella Menye, Coordonateur Général, Kamerun
L. Denis Desautels FCA, Auditor General, Kanada
Tapio Leskinen, Auditor General, Finnland
Hedda Czasche-Meseke, Präsidentin des Bundesrechnungshofes,
Deutschland
J.B. Sumarlin, Chairman, Supreme Audit Board, Indonesien
David G. Njoroge, Controller and Auditor General, Kenia
Javier Castillo Ayala, Contador Mayor de Hacienda, Mexiko
Celso Gangan, Chairman of the Commission on Audit, Philippinen
Ioan Bogdan, Präsident des Rechnungshofes, Rumänien
Omar A. Fakieh, State Minister and President, General Auditing
Bureau, Saudi Arabien
Pohiva Tu'i'onetoa, Auditor General, Tonga

Richtlinien für die Verfassung von Beiträgen

Als offizielle Publikation der Internationalen Organisation der Obersten Rechnungskontrollbehörden (INTOSAI) ist die *Internationale Zeitschrift für staatliche Finanzkontrolle* verpflichtet, eine wirkungsvolle weltweite Kommunikation zwischen den staatlichen und anderen Rechnungsprüfern zu unterstützen. Die Zeitschrift wird vierteljährlich (Januar, April, Juli und Oktober) in den fünf Amtssprachen der INTOSAI (Arabisch, Englisch, Französisch, Deutsch und Spanisch) herausgegeben. Diese Richtlinien bieten Informationen über die Verfassung von Beiträgen für die *Zeitschrift*.

Artikel

Die Zeitschrift enthält im allgemeinen zwei oder drei Artikel pro Ausgabe. Artikel zu praktischen Aspekten der Prüfungstätigkeit sind von größtem Interesse und Wert für die Leser der Zeitschrift und werden somit am ehesten für eine Veröffentlichung akzeptiert. Im allgemeinen beschreiben die Artikel eine Prüfungsaufgabe, erörtern die Instrumente und Techniken, bieten Informationen über Prüfungsergebnisse und/oder legen Managementfragen und Strategien für deren Lösung dar. Beiträge, die sich mit Theorie oder wissenschaftlicher Forschung befassen, werden im allgemeinen nicht akzeptiert.

Die Höchstlänge der Artikel ist zehn bis zwölf zweizeilig geschriebene Seiten (einschließlich zusätzlicher Informationen, wie Schaubilder, Graphiken, Checklisten und Fotos).

Länderprofil

Eine wirkungsvolle Lernmethode besteht darin, aus den Erfahrungen anderer Nutzen zu ziehen. Das „Länderprofil“ ist ein regelmäßiger Sonderartikel der Zeitschrift, der folgende Informationen über eine Oberste Rechnungskontrollbehörde (ORKB) enthält:

- Rechtsgrundlage und eine kurze Geschichte der ORKB;
- Umfang der Prüfungsbefugnisse und Grad der Unabhängigkeit der ORKB;
- Organisation, Größe und geleistete Arbeit;
- Prüfungsplanung; und
- Personalmanagement.

Die Höchstlänge eines Länderprofils beträgt vier bis sechs zweizeilig geschriebene Seiten. Länderprofile werden von den ORKBn verfaßt.

Neuerscheinungen

Dieser Abschnitt enthält eine Kurzinformation über sachdienliche Publikationen und Berichte. Für die Aufnahme der-

artiger Schriftstücke in „Neuerscheinungen“ schicken Sie ein Exemplar an die Zeitschrift und stellen Sie Informationen über die Kosten, die Verfügbarkeit in verschiedenen Sprachen und die Art der Bestellung zur Verfügung.

Kurzmitteilungen

Das Motto der INTOSAI „Gemeinsame Erfahrung zum Nutzen aller“ kommt im Abschnitt „Kurzmitteilungen“ zum Ausdruck. Dieser Abschnitt bringt von ORKBn, den regionalen Arbeitsgruppen der INTOSAI und ähnlichen Organisationen eingereichte Neuigkeiten. Er umfaßt Informationen wie

- Bestellung neuer Leiter von ORKBn (mit ihrem Werdegang und einem Foto),
- Jahrestätigkeitsberichte und andere Sonderpublikationen,
- Ergebnisse von Ausbildungsprogrammen, die von einzelnen Ländern oder regionalen Arbeitsgruppen finanziert wurden und
- laufende Initiativen von ORKBn und Informationen über eine neue prüfungsspezifische Gesetzgebung.

Richtlinien für die Einsendung von Beiträgen

Bei der Erstellung von Informationsmaterial zur Einsendung an die Zeitschrift beachten Sie bitte folgendes:

- schreiben Sie den Text zweizeilig;
- führen Sie Bildunterschriften und/oder Überschriften für Schaubilder oder andere Graphiken an;
- verwenden Sie am oberen und unteren sowie am linken und rechten Rand einen Abstand von 2,5 cm (ein Inch) und
- legen Sie nach Möglichkeit zwei Exemplare des Textes mit einer Diskette (in einem Word-Perfect oder einem Microsoft-Word-Format) vor. ■

Richten Sie Ihre Einsendungen an:

Editor

International Journal of Government Auditing

441 G Street NW, Room 7806

Washington, DC 20548 USA

Facsimile: 202-512-4021

Applelink ID: GAO INTOSAI

Kurzmitteilungen

China

Neuer ORKB-Leiter

Guo Zhenqian wurde am 12. Mai 1994 kraft eines Präsidialdekrets nach Billigung durch den Nationalen Volkskongreß zum Leiter der Obersten Rechnungskontrollbehörde Chinas bestellt. Guo Zhengion tritt die Nachfolge von Lu Peijan an, welcher nach einer mehrjährigen angesehenen Laufbahn im Staatsdienst in den Ruhestand trat. Gleichzeitig mit seiner neuen Funktion übernimmt Guo auch das Amt des Vorsitzenden des Präsidiums der Asiatischen Organisation Oberster Rechnungskontrollbehörden (ASOSAI).



Guo Zhenqian

Guo Zhengion kann auf einen reichen Erfahrungsschatz in den Bereichen öffentliches Finanzwesen und Wirtschaft zurückblicken. Er erwarb 1954 einen akademischen Abschluß der Wirtschaftswissenschaften der Universität der Volksrepublik China. Nach seiner Graduierung war er im Handelsbüro und später im Amt für öffentliches Finanzwesen und Handel der Provinz Hubei tätig. Später wurde er zum Direktor der Filiale Hubei der chinesischen Bausparkasse befördert.

1983 wurde Guo Zhengion zum

Vizegouverneur und gleichzeitig zum Vorsitzenden der Wirtschaftskommission der Provinz Hubei ernannt, im Jahre 1985 zum Gouverneur dieser Provinz bestellt. 1990 trat er das Amt des Vizepräsidenten der chinesischen Nationalbank an. 1993 wechselte er in die Oberste Rechnungskontrollbehörde Chinas, wo er bis zu seiner jüngsten Bestellung zum Behördenleiter als stellvertretender Behördenleiter tätig war.

Nähere Informationen sind erhältlich bei: Audit Administration of the People's Republic of China, 1 Beiluyuan, Zhanlan Road, Xichen District, Beijing 100037, China.

Indonesien

Jahresberichte veröffentlicht

Seit der Bestellung des amtierenden Präsidiums im August 1993 legte die Oberste Rechnungskontrollbehörde Indonesiens dem Parlament zwei Jahresberichte (1991/1992 und 1992/1993). Beide Berichte befassen sich mit der Prüfung der Rechnungsabschlüsse des Staatshaushaltes, sowie mit der Prüfung des Vollzugs der nationalen und regionalen Haushalte sowie der staatlichen Unternehmen. Für die Zukunft plant die ORKB die regelmäßige Vorlage von Berichten während des Jahres, um somit dem Parlament aktuellere und detailliertere Informationen über den Haushaltsvollzug liefern zu können.

Indonesisch-koreanische Zusammenarbeit

Eine aus drei Mitgliedern bestehende Delegation der koreanischen ORKB stattete der ORKB Indonesiens im Mai 1994 einen Besuch ab. Unter der Leitung des Präsidiumsmitglieds Jong Chul Kim war die Delegation an einem Erfahrungsaustausch zu Fragen der Korruptionsbekämpfung, der Prüfung von Ausgaben, Wirtschaftlichkeit, Per-

sonalwesen und öffentlichem Bauwesen interessiert.

Nähere Informationen erhältlich bei: Supreme Audit Board of Indonesia, Badan Pemeriksa Keuangan, Jalan Gatot Subroto No. 3, P.O. Box 401/JKT, Djakarta, Indonesien.

Japan

Neuer ORKB-Leiter

Shinji Yazaki, eines der drei Mitglieder des japanischen Board of Audit, wurde am 12. April 1994 zum Leiter der Obersten Rechnungskontrollbehörde Japans bestellt. Er tritt die Nachfolge von Takashi Nakajima an, der vor kurzem aus seinem Amt ausschied.



Shinji Yazaki

Yazaki trat nach seiner Graduierung an der Universität Tokio 1953 in die Dienste des Finanzministeriums. 1981 wechselte er in die Verteidigungsbehörde, wo er von 1985 bis 1987 als stellvertretender Verteidigungsminister amtierte. Von 1987 bis zu seiner Bestellung als Mitglied im japanischen Board of Audit im Jahre 1989 bekleidete Yazaki die Funktion des stellvertretenden Direktors der japanischen nationalen Ölgesellschaft.

In diesem Zusammenhang wurde Herr Hideaki Seki am 8. April 1994 zum Mitglied ernannt. Vor seinem Eintritt in die Rechnungskontrollbehörde war Saeki als Generalsekretär im Haus der Staatsräte, einer Kammer des japanischen Parlamentes, tätig.

Nähere Informationen sind erhältlich bei: Board of Audit, 3-2-1-Kasumigaseki, Chiyoda-ku, Tokio, 100 Japan.

Kanada

Neues Gesetz gestattet häufige Berichterstattung

Ende Juni 1994 verabschiedete das kanadische Parlament eine Novelle zum kanadischen Rechnungshofgesetz, welche die Möglichkeit einer häufigeren Berichterstattung durch die ORKB während des Jahres vorsieht. Nach den Bestimmungen der Gesetzesnovelle kann der Behördenleiter neben dem jährlichen Tätigkeitsbericht dem Parlament unter Wahrung einer Ankündigungsfrist von jeweils 30 Tagen bis zu drei Prüfberichte vorlegen. Diese Pflicht der Berichtsankündigung beim Vorsitzenden des Unterhauses soll Berichte der ORKB aus dem politischen Tagesgeschehen fernzuhalten.

Der kanadische Auditor General, Denis Desautels, sicherte den parlamentarischen Ausschüssen zu, bei der Entscheidung über den Termin der Vorlage von Zusatzberichten den Parlamentsfahrplan gebührend berücksichtigen zu wollen. Der Jahrestätigkeitsbericht soll dem Parlament weiterhin zu Ende des Kalenderjahres (im November) vorgelegt werden und eine Zusammenschau der wichtigen Anliegen enthalten, über welche bereits während des Jahres berichtet wurde. Die drei Zusatzberichte sollen über das Jahr verteilt vorgebracht werden (September - Juni) und die Ergebnisse der umfassenden Prüfungen, Sektorprüfungen und der Prüfungen der Verwaltung enthalten.

Diese Änderung im Mandat der ORKB wurde bereits seit den frühen 80er-Jahren angestrebt, eine Reihe von Initiativanträgen waren in diesem Zeitraum von verschiedenen Mitgliedern des parlamentarischen Rechnungsprüfungsausschusses erfolglos eingebracht worden. Die erfolgreiche Annahme der

zunehmend verabschiedeten Gesetzesvorlage C-207 ist großteils der Erfahrung und Nachdrücklichkeit ihres Autors, des ehemaligen Vorsitzenden des parlamentarischen Rechnungsprüfungsausschusses und Abgeordneten zum Parlament, Jean Robert Gauthier, zu verdanken.

In der Anlaufphase für eine häufigere Berichterstattung an den parlamentarischen Rechnungsprüfungsausschuss trat die ORKB mit zahlreichen Obersten Rechnungskontrollbehörden in Kontakt, um deren Erfahrungen im Bereich der periodischen Berichtsvorlage zu sondieren. Die in Erfahrung gebrachten Informationen erwiesen sich für die Beantwortung einer parlamentarischen Anfrage über die internationale Praxis als äußerst nützlich. Die ORKB würdigte die ihr in diesem Zusammenhang entgegengebrachte Unterstützung.

Das Parlament soll, so der ORKB-Leiter, von einer übersichtlicheren Präsentation der Tätigkeit der ORKB im Gegensatz zu den 700-800 Seiten umfassenden Jahresberichten großen Nutzen ziehen. Darüber hinaus erwartet er einen ausgewogeneren Arbeitsbelastung der ORKB und eine Vermeidung der durch die einmal jährliche Berichtsvorlage entstandenen Spitzen.

Nähere Informationen erhältlich bei: Office of the Auditor General, 240 Sparks Street (attn: Mark Hill), Ottawa, Ontario, Kanada K1A 0G 6.

Libyen

Neuer ORKB-Leiter

Dr. Mahmoud Mouhy Addin Bady wurde am 29. Januar 1994 von der libyischen Volkskonferenz zum Leiter der Obersten Rechnungskontrollbehörde von Libyen bestellt. Er tritt die Nachfolge von Mohamed Al-Zarouk Rajab an und übernimmt gleichzeitig den Vorsitz in der ARABOSAI.

Vor seiner Bestellung zum ORKB-Leiter hatte Dr. Bady zahlreiche ranghohe Ämter in der Verwaltung, Forschung und Lehre auf dem Gebiet des Rechnungswesens und der Haushalts- und Wirtschaftsführung inne. So bekleidete er zuletzt eine Professur in Rechnungswesen an der wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Universität von Karyounus.

Dr. Bady ist in einer Reihe von berufsständischen Vereinigungen aktiv engagiert und Mitglied des libyschen Verbandes der Rechnungsführer und Rechnungsprüfer, des American Institute of Certified Public Accountants, des Institute of Management Accountants etc. Seine weitreichenden akademischen Qualifikationen beinhalten ferner einen höheren Studienabschluß in Rechnungswesen, ein Lehrdiplom sowie zahlreiche Berufsbefähigungen.

Nähere Informationen sind erhältlich bei: Office of the General Secretary of the People's Committee, P.O. Box 2479, Tripoli, Libyen.

Niederlande

Jahresbericht 1993

Am 31. März 1994 veröffentlichte der niederländische Rechnungshof seinen Tätigkeitsbericht für 1993 mit den Ergebnissen von 71 Prüfungen. Aufgrund der Novellierung des niederländischen Gesetzes über das staatliche Rechnungswesen im Jahre 1992 wurden Ordnungsmäßigkeitsprüfungen auf breiterer Basis als bisher durchgeführt. Der Bericht enthält auch die Beurteilung der Haushalts- und Wirtschaftsführung der Ministerien durch die Prüfbehörde, die nunmehr den gesamten Bereich der finanziellen Verantwortlichkeit umfaßt. Neben den jährlichen und halbjährlichen Berichten wurden auch einer Reihe von Zwischenprüfungsberichten veröffentlicht.

Der Rechnungshof unterzog das staatliche Steuer- und Abgabewesen einer Überprüfung, die Anlaß zu einigen Kritikpunkten gab. Einnahmen wurden etwa nicht immer widmungsgemäß verausgabt und flossen vereinzelt in den allgemeinen Haushalt. Ebenso waren zahlreiche Abgaben für mißbräuchliche oder unrechtmäßige Verwendung anfällig, da die Behörden bei der Berechnung von Steuerbeträgen auf die Angaben der Steuerzahler angewiesen sind. Der Rechnungshof kritisierte ferner die Unvollständigkeit der Aktenaufzeichnungen über die Steuerpflichtigen, mangelnde Informationen über die Kosten der Veranlagung, Einhebung und Prüfung von Steuern sowie nicht durchgeführte Evaluierungen. Der Rechnungshof empfahl, vor der Einführung neuer

Steuern die ausreichende Sicherung des Steuerzwecks zu prüfen. Darüberhinaus sollten vermehrt Evaluierungen vorgenommen werden.

Die Prüfung konzentrierte sich weiters schwerpunktmäßig auf die in fünf Ministerien verfolgte Politik des Abbaus von Krankenständen und Arbeitsunfähigkeit innerhalb der Beamenschaft. Zwar lag die Entwicklung der Krankenstands- und Arbeitsunfähigkeitsquoten im Rahmen der staatlichen Vorgaben, der Rechnungshof stellte allerdings fest, daß der Rückgang von Krankenstandstagen teilweise auf andere Gründe als auf die staatliche Politik zurückzuführen sei. Der Prüfbericht kritisiert in diesem Zusammenhang die staatlichen, arbeits- und sozialmedizinischen Beratungseinrichtungen.

Der Rechnungshof nahm ferner die Auswirkungen des Behindertenbeschäftigungsgesetzes in vier Ministerien, dem Staatsrat und innerhalb seiner eigenen Organisation genau unter die Lupe. Dieses Gesetz peilt eine Behindertenquote von fünf Prozent aller Beschäftigten bis Ende 1995 an. Aus den Ergebnissen der Prüfung ging eindeutig hervor, daß dieses Ziel in der öffentlichen Verwaltung noch lange nicht erreicht sei. Im Jahre 1992 waren bei einer Gesamtanzahl von rund 10.000 Neueinstellungen lediglich 13 Behinderte im Staatsdienst beschäftigt. Der Rechnungshof empfahl, der Problematik der Beschäftigung von Behinderten vermehrte Aufmerksamkeit zu schenken.

Der jährliche Tätigkeitsbericht enthält seit geraumer Zeit die Ergebnisse von Follow-up-Prüfungen, in welchen der Verwirklichung früherer Prüfungsempfehlungen durch den zuständigen Minister nachgegangen wird. In fünf von sieben Nachprüfungen konnten tatsächliche Verbesserungen festgestellt werden.

Der Bericht setzt sich auch mit rechnungshofinternen Angelegenheiten auseinander, vor allem der geplanten Neuorganisation, die bis Ende 1994 abgeschlossen sein soll.

Nähere Informationen erhältlich bei: Allgemeine Rekenkamer, Postbus 20015, Lange Voorhout 8, 2500 EA's-Gravenhage, Niederlande.

Norwegen

Veröffentlichung des Jahresberichtes

Die ORKB von Norwegen veröffentlichte ihren Jahresbericht über die Ausgabentätigkeit des Staates und legte dem Parlament einige Schwerpunktanliegen zur Befassung vor. In dem Jahresbericht 1992 wird auf eine Reihe von buchungstechnischen Unzulänglichkeiten hingewiesen und das Parlament über weitere wichtige wirtschaftspolitische Fragen informiert.

Der Bericht bezeichnet die Qualität des zentralstaatlichen Rechnungswesens als im allgemeinen zufriedenstellend, ja sogar anwachsend. Gleichzeitig jedoch stellte die ORKB erhebliche Schwachstellen, vor allem im Bereich der Heeresverwaltung fest, wo beträchtliche Mängel im Besoldungs- und Remunerationswesen festgestellt wurden. Laut Bericht würde dieses Problem durch die komplizierte Vorschriftenlage verschärft; selbst nach Veröffentlichung der Prüfungsfeststellungen seien die Probleme nicht gelöst worden.

Der Bericht enthält ferner die Ergebnisse einer Wirtschaftlichkeitsprüfung des „Kommunikationsnetzes für die Ministerien“. Eine Reihe von Schwachstellen bei der Planung und Umsetzung des Projektes konnten aufgedeckt und veröffentlicht werden. Eine Prüfung der Beschaffung von Unterseebooten durch die norwegische Marine erbrachte Unzulänglichkeiten in der Vertragsaufsetzung und -abwicklung, die zu technischen Schwierigkeiten und Kostenüberschreitungen führten. Der Tätigkeitsbericht 1992 enthielt auch die Ergebnisse einer von der ORKB veranlaßten Sonderprüfung der Investition staatlicher Mittel in die XVII. Olympischen Spiele in Lillehammer im Jahr 1994.

Die Prüftätigkeit der ORKB konzentrierte sich in jüngster Vergangenheit auf die Einhebung von Steuern und Gebühren. Eine Reihe von Prüfungen setzte sich mit der Qualität der Tätigkeit der lokalen Steuerbehörden und der Kontrolltätigkeit der Zollbehörden auseinander, welche schließlich zu einer Bemängelung der Handhabung der Mehrwertsteuerrechnung führten.

Auch die Prüfung der in der Schifffahrt eingehobenen Hafengebühren ergab Mängel.

Die Schwachstellen im Beschaffungswesen der norwegischen Wasser- und Energiebehörde waren von der ORKB bereits mehrfach beanstandet worden. Prüfungen ergaben unter anderem die Nicht-Einhaltung der Bestimmungen für das Beschaffungswesen, die Mißachtung des Wettbewerbsgrundsatzes, und eine unzulängliche Kontrolle der Fakturierung und Auszahlung. Der Bericht enthält ferner eine Reihe von Prüfungsfeststellungen betreffend Rechnungswesen und Finanzkontrollmechanismen in den norwegischen Staatsbahnen.

Neuer Parlamentsausschuß, Neuerungen im Berichtswesen

Im Jahre 1993 stärkte das Parlament seine Kontrollfunktion durch die Einsetzung eines ständigen Ausschusses für Kontroll- und Verfassungsangelegenheiten, welcher ermächtigt wurde, Erhebungen zu Fragen betreffend die staatliche Verwaltung vorzunehmen. Dieser neue Ausschuß soll sich auch mit den Tätigkeitsberichten der ORKB und anderen Prüfungsangelegenheiten befassen. Im Zusammenhang mit der Vorlage von Berichten heißt es im Vorwort des Tätigkeitsberichtes 1992, daß Berichte über Sonderprüfungen dem Parlament nunmehr als Ergänzung zu den traditionellen Jahresberichten vorgelegt würden. Darin spiegelt sich das Bestreben der ORKB wider, der Wirtschaftlichkeitsprüfung einen besonderen Stellenwert einzuräumen. Die ORKB erließ in diesem Zusammenhang ein neues Handbuch mit dem Ziel einer qualitativen Aufwertung der von der Prüfungsbehörde durchgeführten Wirtschaftlichkeitsprüfungen.

Nähere Informationen erhältlich bei: Board of Auditors, Riksrevisjonen, Postboks 8130 DEP, Victoria Terrassel, 0032 Oslo, Norwegen.

Polen

Jahresbericht 1993 dem Parlament vorgelegt

Der Jahresbericht 1993 der ORKB von Polen wurden dem Parlament vor-

gelegt. Der Bericht behandelt eine Reihe von Fragen im Zusammenhang mit dem Übergang von der Zentralverwaltungswirtschaft zur Marktwirtschaft. Die Prüfungen der ORKB umfaßten auch Privatisierungsmaßnahmen sowie die gesamte Wirtschaftstätigkeit des Staates.

Besonderes Augenmerk wurde der Prüfung der staatlichen Finanzwesens geschenkt, insbesondere der Einnahmewirtschaft, dem Verhältnis von staatlichen und lokalen Haushalten, und der Verwendung zweckgebundener Mittel. Die Behörde nahm ferner Sparsamkeits- und Wirtschaftlichkeitsprüfungen in den Bereichen Umweltschutz, Erziehung und Bildung, Gesundheit, Transport und Telekommunikation vor.

Der Jahresbericht 1993 enthält Bemerkungen zu mehr als 100 Prüfungen, die Prüfungsfeststellungen wurden bei den Kammern des Parlaments, dem Staatspräsidenten, dem Ministerrat und den geprüften Stellen zugeleitet.

ORKB veranstaltet Regionalseminar

Die ORKB von Polen fungierte vom 19.-22. April 1994 als Gastgeberin eines Seminars über die Rechtsgrundlagen der Tätigkeit Oberster Rechnungskontrollbehörden, zu welchem die ORKBn der Tschechischen Republik, Ungarns, Litauens, der Slowakischen Republik und Polens Vertreter zu einem Erfahrungs- und Gedankenaustausch entsandten. Eine Vielfalt verschiedener Themen wurde erörtert, etwa die Aufgaben und Verantwortung einer ORKB, die Rechte und Pflichten der staatlichen Finanzkontrolle, Schulungsmaßnahmen für Prüfer, Prüfungsgegenstand, -umfang und -kriterien, sowie die Umsetzung von Prüfungsergebnissen.

In der Vorbereitungsphase für das Seminar wurden die jeweiligen Rechnungshofgesetze sowie speziell für das Seminar erstellte Referate ausgetauscht und später in die Sprachen der teilnehmenden Länder übersetzt.

Nähere Informationen erhältlich bei: Najwyzsza Izba Kontroli, Skrytka Poczтовая P-14, 00-950 Warschau, Polen.

Schweden

Neuer Auditor General

Frau Inga-Britt Ahlenius wurde am 1. Oktober 1993 zum Auditor General von Schweden bestellt. Sie trat die Nachfolge von Ingemar Mundebo als Leiter der Obersten Rechnungskontrollbehörde von Schweden (National Audit Office) an.



Inga-Britt Ahlenius

Frau Ahlenius begann ihre glänzende Laufbahn im öffentlichen Dienst im Jahre 1968 im Ministerium für Handel und Industrie, wo sie mit Fragen der wirtschaftlichen Zusammenarbeit innerhalb der skandinavischen Länder befaßt war. Sie nahm an den Vorbereitungen und Verhandlungen Schwedens über ein Freihandelsabkommen mit der EWG teil, ehe sie im Jahre 1975 aus ihrer Funktion ausschied und in das Finanzministerium wechselte.

Dort war Frau Ahlenius zunächst in der internationalen Abteilung und später in der Haushaltsabteilung tätig. Zwischen 1980 und 1987 war sie als stellvertretende Staatssekretärin für die Bereiche Erziehung und Bildung, Landwirtschaft, Umwelt, Energie und Justiz zuständig. Im Jahre 1987 übernahm sie die Leitung der Haushaltsbehörde, wo sie bis zur ihrer Bestellung zum Auditor General tätig war.

Vor ihrer Karriere im öffentlichen Dienst war Frau Ahlenius von 1962 bis

1967 in der Wirtschaftsabteilung der größten Handelsbank Schwedens, der *Svenska Handelsbanken*, tätig. Von 1963-1964 war sie für eine Tätigkeit bei der *Société Tunisienne de Banque* in Tunesien karenziert und dort in der Abteilung für mittelfristige Kreditvergaben beschäftigt.

Frau Ahlenius besitzt ferner eine humanistische Ausbildung sowie Fremdsprachenkenntnisse, ferner einen akademischen Abschluß aus Betriebswirtschaft der Stockholmer Universität für Wirtschaftswissenschaften. Zu ihren Freizeitbeschäftigungen gehören Musik und Lektüre, Joggen, Radfahren, Kanufahren und Wandern.

Mit ihrer Funktion als Leiterin der schwedischen Rechnungskontrollbehörde übernimmt Frau Ahlenius auch das Amt des Vorsitzenden des Präsidiums der EUROSAI.

Nähere Informationen erhältlich bei: Swedish National Audit Office, Box 45070, S-104 30 Stockholm, Schweden.

Slowakische Republik

Neuer ORKB-Leiter

Dr. Jozef Olej wurde zum Präsidenten der Obersten Rechnungskontrollbehörde der Slowakei bestellt. Vor seiner Bestellung bekleidete Dr. Olej die Funktion eines stellvertretenden Dekans der Universität Kosice, zuvor war er Universitätslektor und Vorstand des Institutes für Strafrecht an der Universität Pavol Jozef Safarik.

Nähere Informationen erhältlich bei: Najvyšší kontrolný úrad Slovenskej republiky Priemyselná ul. 2, 824 73 Bratislava 26, Slowakische Republik.

Sri Lanka

Neuer ORKB-Leiter

S.M. Sabry, FCA, wurde im Januar 1993 vom Präsidenten der Republik zum Auditor General von Sri Lanka bestellt. Sabry besitzt einen Abschluß aus Wirtschaftswissenschaften der Universität London und ist ein Senior Fellow des Wirtschaftsprüferverbandes von Sri Lanka.



S. M. Sabry

Sabry trat 1966 in die Dienste der Rechnungskontrollbehörde ein und wurde 1983 zum stellvertretenden Behördenleiter befördert. Von 1989 bis zu seiner nunmehrigen Bestellung als Behördenleiter war er der ranghöchste Stellvertreter innerhalb der Behörde.

Nähere Informationen erhältlich bei: Office of the Auditor General, Independence Square, Colombo 7, Sri Lanka.

Venezuela

Neuer ORKB-Leiter

Eduardo Roche Lander wurde zum Leiter der Obersten Rechnungskontrollbehörde von Venezuela bestellt. Er tritt die Nachfolge von Dr. José Ramon Medina an, der nach einer glänzenden Karriere im öffentlichen Dienst in den Ruhestand trat.

Dr. Lander besitzt ein Ingenieursdiplom der Stanford University und der Universität von Venezuela; ferner ein Doktorat aus Wirtschaftswissenschaften der Sorbonne-Universität. In seiner Berufslaufbahn war er vor allem in den Bereichen Energie- und Transportwesen und Industrie tätig. Darüberhinaus bekleidete Dr. Lander von 1985 bis 1990 das Amt des Vizepräsidenten der obersten Wahlbehörde von Venezuela. Er ist seit 1961 in verschiedenen kommunalen und berufsständischen Gremien tätig, übte leitende Funktionen in der Ingenieursvereinigung Venezuelas und in einer gemeinnützigen Organisation namens „Participación Independiente“ aus.

Dr. Lander ist Autor zahlreicher Veröffentlichungen auf den Gebieten

Transport, Wirtschaftswissenschaften, Finanzen und Energie. Er ist Mitglied zahlreicher berufsständischer Vereinigungen und Träger dreier Auszeichnungen in Würdigung seiner vielfachen Verdienste.

Mit seiner neuen Funktion tritt Dr. Lander auch dem Redaktionsbeirat dieser *Zeitschrift* bei.

Nähere Informationen erhältlich bei Contraloria General de la República, Avenida Andres Bello, Sector Guaicaipuro, Edificio Contraloria General de la República, Caracas, Venezuela.

Vereinigte Staaten

Überarbeitung der Finanzkontrollrichtlinien

Das US-General Accounting Office (GAO) veröffentlichte eine Überarbeitung der Richtlinien für die Finanzkontrolle, besser als „Yellow Book“ bekannt. Die in diesem Dokument enthaltenen Richtlinien sprechen die Fachkompetenz des Prüfers, die Qualität der Prüfung, sowie die Merkmale eines fachlich hochstehenden und brauchbaren Prüfberichtes an. Sie sind auf die Prüfung von staatlichen Einrichtungen, Programmen, Maßnahmen und Tätigkeiten ebenso wie auf staatliche Mittel, die an Vertragspartner, gemeinnützige Organisationen und andere nicht-staatliche Stellen fließen, anwendbar.

Die Überarbeitung der Finanzkontrollrichtlinien soll die Bedeutung der internen Kontrolle stärker hervorheben und für eine bessere Kommunikation zwischen Prüfer und geprüfter Stelle sorgen. Die Richtlinien für die Wirtschaftlichkeitsprüfung werden ebenfalls überarbeitet und sollen nunmehr dem Prüfer als Werkzeug dienen, Zielsetzungen festzulegen und abzuklären, welche Kontrollmechanismen, gesetzliche Bestimmungen und Verordnungen für die Prüfung bedeutend sein können. Diese Richtlinien stärken das GAO in dem Bemühen, Prüfberichte auf die Informationsbedürfnisse ihrer Adressaten abzustimmen und liefern neue Anhaltspunkte für die Bewertung von Programmresultaten und die Beurteilung der Stichhaltigkeit und Zuverlässigkeit von Daten.

Die Richtlinien wurden erstmals im Jahre 1972 veröffentlicht, und in der Folge in den Jahren 1981 und 1988 überarbeitet. Die geltende Version soll dazu beitragen, den Bedürfnissen der Prüfung und des Steuerzahlers Rechnung zu tragen. Sie kam nach einer Reihe öffentlicher Veranstaltungen des Beirates für die staatlichen Finanzkontrollrichtlinien zustande. Eine Abstimmung erfolgte auch mit dem Ausschuss der INTOSAI für Richtlinien für die Finanzkontrolle.

Das Yellow Book ist erstmals auch elektronisch zugänglich. Informationen aus dem Dokument können mittels DOS oder Windows über das Inhaltsverzeichnis, den Index oder über Stichwörter abgefragt werden.

Nähere Informationen erhältlich bei: U.S. General Accounting Office, 441 G Street, N.W., Room 7806, Washington, D.C. 20548, U.S.A.

Internationales Konsortium für Staatliche Haushalts- und Wirtschaftsführung

Regionalkonferenz

Vertreter zahlreicher Staaten Latein- und Mittelamerikas und der Karibik, aus Europa, Asien und den Vereinigten Staaten, trafen einander vom 11.-13. April 1994 in Miami, Florida zu einem Symposium über „Neue Entwicklungen in der staatlichen Haushalts- und Wirtschaftsführung“. Die Konferenz wurde vom Internationalen Konsortium für Haushalts- und Wirtschaftsführung, der School of Accounting der Florida International University, dem Interamerikanischen Verband der Rechnungsführer, dem Interamerikanischen und Iberischen Verband für öffentliches Haushaltswesen, der Lateinamerikanischen und Karibischen Organisation Oberster Rechnungskontrollbehörden, der Amerikanischen Gesellschaft für Öffentliche Verwaltung, und der Internationalen Entwicklungshilfebehörde gemeinsam veranstaltet. Die Sitzungen fanden in spanischer Sprache statt, mit Simultandolmetschung in Englisch und Französisch.

Der Teilnehmerkreis setzte sich aus

ORKB-Leitern, Wirtschafts- und Rechnungsprüfern des öffentlichen und des privaten Sektors, Bankfachleuten, Vertretern aus Entwicklungshilfebehörden und ranghohen Finanzexperten aus der Verwaltung zusammen. Grundsatzreferate wurden von dem Leiter der ORKB von Kolumbien, Manuel F. Becerra Barney, und dem ehemaligen Finanzminister Neuseelands, Graham C. Scott, gehalten.

Die Vorträge setzten sich mit vielfältigen Themenstellungen auseinander, etwa der internationalen Notwendigkeit integrierter Finanzmanagementsysteme, Maßnahmen für eine verbesserte Rechenschaftslegung, der Prüfung von Hilfsprojekten, Korruption und Betrug, Haushaltstechnik und Fiskalmanagement etc. auseinander. In informellen Diskussionsgruppen hatten die Teilnehmer reichlich Gelegenheit für einen Gedanken- und Erfahrungsaustausch. ■



Die an der Konferenz teilnehmenden ORKB-Leiter von links nach rechts: Raffael Heman Contreras, Präsident des Rechnungshofes, El-Salvador; Anand Goolsarran, Auditor General, Guyana; Victor Enrique Caso-Lay, Contralor General, Peru; Manuel Francisco Becerra Barney, Contralor General, Kolumbien; Aturo Harding Lacayo, Contralor General, Nicaragua; Marcelo Falles Barriga, Contralor General, Bolivien.

Können ORKBn einen Unterschied in der Wirksamkeit internationaler Organisationen bewirken?

Von Vinod Sahgal und Esther Stern, Office of the Auditor General, Kanada

Ziel dieses Artikels ist es, den Begriff der Parallelprüfung im Rahmen der Mitgliedschaft in internationalen Organisationen zu beleuchten. Zu diesem Zweck werden zwei von der kanadischen ORKB durchgeführte Wirtschaftlichkeitsprüfungen zum Thema der Mitgliedschaft Kanadas in internationalen Organisationen, nämlich den Vereinten Nationen und den regionalen Entwicklungsbanken, vorgestellt.

Aus den dabei gewonnenen Erfahrungen läßt sich der Schluß ziehen, daß von den ORKBn durchgeführte Parallelprüfungen einen entscheidenden Einfluß auf die Wirksamkeit der von internationalen Organisationen erbrachten Leistungen haben könnten. Aus diesem Grund erscheinen weitere Vorstöße in Richtung Parallelprüfung durch mehrere ORKBn durchaus wünschenswert.

Das Prüfungsumfeld

Im Jahr 1993 beliefen sich die weltweit für Entwicklungshilfemaßnahmen aufgewandten Mittel auf 70 Milliarden US-Dollar, ein sichtbarer Beweis dafür, daß die Regierungen es mit der internationalen Zusammenarbeit mit dem Ziel der Förderung der Entwicklungsländer ernst meinen. Jedoch hat sich die Entwicklungshilfe zu einem mit hohem Risiko behafteten Unterfangen gewandelt, seit sich ihr Schwerpunkt vom reinen Projektbezug zu makroökonomischen Programmen verschoben hat, deren Erfolg - und darüber sind sich die meisten Fachleute sowohl in Kanada als auch innerhalb der internationalen Organisationen selbst einig - nur langfristig gemessen werden kann.

Es wird oft behauptet, daß Entwicklungshilfeleistungen besonders anfällig für Betrug, Verschwendung und Unwirtschaftlichkeit seien. Allgemein wird die Auffassung vertreten, daß die Hierarchien der Verantwortlichkeit in internationalen Organisationen, wie etwa im System der Vereinten Nationen, verbesserungsfähig seien. Ihre Leistungen sind nicht immer einer lückenlosen Überprüfung unterworfen und ihre Tätigkeiten nur in beschränktem Ausmaß öffentlicher Kontrolle zugänglich.

Die langfristigen Kosten vieler Vorhaben im Infrastrukturbereich liegen häufig über den Schätzungen, weil die Kostenentwicklung mancher Aspekte, wie etwa des Umweltschutzes, von Anfang an unterschätzt wurden. Schließlich erfolgt ein großer Teil der internationalen Kreditvergabe in der Form von Strukturanpassungskrediten, die sowohl von den Geber- als auch von den Empfängerländern sehr ernst genommen werden.

Gleichzeitig ist in den Geberländern die öffentliche Unterstützung für Entwicklungshilfeprogramme mit dem Ansteigen der damit verbundenen Steuerlast im Sinken begriffen. Die für die Entwicklungshilfe zur Verfügung gestellten Mittel werden daher knapper, und die staatlichen Stellen werden immer häufiger dazu aufgefordert, der Öffentlichkeit konkret über die mit Hilfe der für diese Hilfsprogramme aufgewandten Milliardenbeträge erzielten Ergebnisse und Gewinne Rechenschaft zu legen.

Der entscheidende Einfluß

Die Herausforderung für die mit der Überprüfung internationaler oder bilateraler Programme befaßten ORKBn besteht mit den Worten von Denis Desautels, des Auditor General von Kanada, darin, „einen positiven Unterschied zu bewirken“. In Kanada sieht die ORKB ihre Aufgabe in diesem Bereich in der Unterstützung der parlamentarischen Kontrolle internationaler Hilfsprogramme durch Bereitstellung strategisch aufbereiteter hochwertiger Informationen über (1) die aufgrund der aufgewandten Mittel vernünftigerweise zu erwartenden Ergebnisse und über (2) das Ausmaß und die Art der Rechenschaftspflicht aller Beteiligten, seien es die Regierungen der Geberländer und ihre Organe, internationale Organisationen oder die Regierungen der Empfängerländer und deren Organe.

Zu dieser Aufgabe zählt auch die Überprüfung der Abwicklung internationaler Hilfsaktivitäten durch kanadische Stellen, sowohl an deren Hauptsitzen als auch in den von ihnen betriebenen Zweigstellen am Sitz internationaler Organisationen. Doch obwohl es den ORKBn möglich ist, von internationalen Organisationen und Regierungen von Empfängerländern veröffentlichte Berichte zu überprüfen, und Versuche zur Befragung eines repräsentativen Querschnitts von in diesen Organisationen beschäftigten Personen unternommen werden, sind sich die ORKBn nur allzu bewußt, daß sie über keine Prüfungskompetenz bezüglich der inneren Abläufe in diesen internationalen Organisationen oder den staatlichen Stellen der Empfängerländer verfügen.

Ebenso ist es den ORKBn klar, daß sich die von ihnen überprüften Sachverhalte seit dem stets in der Vergangenheit liegenden Zeitpunkt ihres Bekanntwerdens mit großer Wahrscheinlichkeit zum Zeitpunkt der Berichtlegung durch die ORKB bereits wieder geändert haben. Da jedoch das Tempo, mit dem sich Veränderungen im Bereich der internationalen Finanzhilfe vollziehen, ein eher geringes zu sein scheint, sind die ORKBn zuversichtlich, daß Wirtschaftlichkeitsprüfungen

tatsächlich einen Unterschied bewirken können, vorausgesetzt, die abgegebenen Empfehlungen gründen sich auf ein Wissen um die besten Vorgangsweisen, und die vorgenommenen Prüfungen berücksichtigen von den geprüften Organisationen gesetzte Gegenmaßnahmen. Letzten Endes geht es bei einer solchen Überprüfung nicht notwendigerweise um die Feststellung, daß die Leistungen eines bestimmten Teilaspekts der Programmdurchführung nicht den Erwartungen entsprechen haben, sondern darum, aus gewonnenen Erfahrungen zu lernen.

Auf den nationalen Kontext bezogen ist die kanadische ORKB zu der Feststellung gelangt, daß ihre größte Einzelleistung in der Herstellung eines partnerschaftlichen Verhältnisses mit der geprüften Stelle liegt. Wenn es gelingt, den Leitern der geprüften Stelle klarzumachen, daß sich die Prüfer so wie sie selbst auch um die Erreichung der gleichen Ziele - der Verbesserung der gesamten Rechenschaftspflicht für öffentliche Ausgaben und der möglichst wirtschaftlichen, sparsamen und wirksamen Durchführung von Entwicklungshilfeprogrammen - bemühen, so können auch sie ihre internationale Arbeit aus einem neuen Blickwinkel betrachten.

Die Überprüfung multilateraler Ausgaben und Tätigkeiten

Die Prüfungsarbeit der ORKB im Hinblick auf Kanadas Mitgliedschaft in internationalen Organisationen begann mit einer im Jahresbericht 1991 veröffentlichten Überprüfung der Koordinierungstätigkeit des Außenministeriums. Das Aufgabengebiet der Prüfung erstreckte sich auf die Handhabung der Mitgliedschaft Kanadas in internationalen Organisationen wie zum Beispiel den Vereinten Nationen und deren Sonderorganisationen. Im Jahr 1992 wurde die Mitgliedschaft der Internationalen Entwicklungsbehörde Kanadas (Canadian International Development Agency, CIDA) in den vier wichtigsten regionalen Entwicklungsbanken einer Prüfung unterzogen.

Diese Prüfungen hatten alle dieselbe Zielsetzung - der Regierung und dem Parlament Unterstützung bei der Überwachung der Verwaltung der in Kanada für Entwicklungshilfe zur Verfügung gestellten Mittel zu bieten. Die Prüfung durch die ORKB konzentrierte sich auf die von Kanada angewandten Managementpraktiken und erstreckte sich auf die Aktivitäten am Hauptsitz der geprüften Stelle, auf die Aktivitäten innerhalb der multilateralen Organisationen selbst und auf die Berichte über die Auswirkungen dieser Aktivitäten in einigen der Empfängerländer. Die ORKB hatte besonderes Interesse daran, festzustellen, in welcher Weise die geprüften Ministerien und Behörden die Vorteile einer kanadischen Mitgliedschaft bewerteten, ganz besonders im Lichte der von der gegenwärtigen Regierung geübten Zurückhaltung in der Steuerpolitik, und in welcher Weise sie die Vorteile einer solchen Mitgliedschaft dem Parlament und den kanadischen Steuerzahlern vermitteln konnten. Und da durch diese Prüfungen die wichtigsten Bereiche der kanadischen multilateralen Auslandshilfe untersucht wurden, trachtete die ORKB auch danach, festzustellen, wie zweckmäßig Kanada seine multilaterale Auslandshilfeausgaben verwaltete.

Der Prüfungsbericht der ORKB aus dem Jahr 1992 stellte fest, daß die CIDA und das Parlament noch besserer Information darüber bedurften, in welchem Ausmaß die Beteiligung Kanadas wirksam zur Förderung nachhaltigen Wachstums über die regionalen Entwicklungsbanken beiträgt - der erste Gradmesser des Gesamterfolges solcher Aktivitäten. Obwohl Kanada gemeinsam mit den regionalen Banken an Erfolgswertungen arbeitet, sind die Ergebnisse bis dato nicht eindeutig.

Ein weiterer Teilaspekt der Erfolgskontrolle im Hinblick auf die regionalen Entwicklungsbanken ist das Ausmaß, in dem sich diese als wirkungsvolle Finanzinstitutionen bewähren. Die ORKB kam zu dem Schluß, daß Kanadas Möglichkeiten, die Zusammensetzung der Kreditportfolios dieser Banken zu überprüfen und bewerten, weiterer Verbesserungen bedürfen. Dies ist besonders wichtig, weil alle internationalen Finanzinstitutionen heute große Geldbeträge an Staaten vergeben, die auf den internationalen Kapitalmärkten häufig als nicht voll kreditwürdig eingeschätzt werden.

Eine weitere Art der finanziellen Beteiligung an internationalen Organisationen findet sich in Form der Mitgliedsbeiträge oder Veranlagungen eines Landes bei internationalen Organisationen, die nicht ausschließlich der Entwicklungshilfe gewidmet sind. Der Verwaltung dieser Mitgliedschaften war der Prüfungsbericht der kanadischen ORKB über auswärtige Angelegenheiten aus dem Jahr 1991 gewidmet. Auch hier lag die Zielsetzung wieder in der Förderung der Rechenschaftspflicht gegenüber dem Parlament und der vom Parlament ausgeübten Kontrolle hinsichtlich aller Ausgaben und Aktivitäten und der damit erzielten Ergebnisse. Gegenstand dieser Prüfung waren die aus der Mitgliedschaft in internationalen Organisationen, in erster Linie innerhalb des Systems der Vereinten Nationen (mit der Ausnahme von friedenserhaltenden Maßnahmen), erwachsenden Beiträge. Auch in diesem Bereich wurde deutlich, daß weder Kanada noch ein anderes einzelnes Mitgliedsland bis jetzt spürbare Erfolge bei dem Versuch, die Geschäftstätigkeit dieser Organisationen zu reformieren, aufzuweisen hat, und das trotz jahrelanger Reformbemühungen in diesen bekanntermaßen mit einem schwach ausgeprägten Führungssystem ausgestatteten Organisationen.

Für das kanadische Außenministerium, dem die Koordinierung der Mitgliedschaften Kanadas in solchen nicht auf finanzielle Zielsetzungen ausgerichteten multilateralen Organisationen obliegt, scheint der Augenblick gekommen, die Gesamttätigkeit dieser Organisationen von einem anderen, vielleicht objektiveren Blickwinkel aus zu betrachten. Die Zeiten sind vorbei, als man sicher sein konnte, daß die Mitgliedschaft in einer bestimmten internationalen Organisation quasi automatisch positive Auswirkungen sowohl auf das Mitgliedsland als auch auf die Organisation nach sich zog. Es scheint angebracht, zur Auswahl der produktivsten Mitgliedschaft stärker an den Gepflogenheiten der Geschäftswelt orientierte Maßstäbe anzulegen. Das Außenministerium muß in der Lage sein, die potentielle Übereinstimmung einer Organisation mit den außenpolitischen Zielen Kanadas im voraus abzuschätzen und dann die Tätigkeit dieser Organisation im Sinne der Gewährleistung der Förderung dieser außen-

politischen Ziele zu überwachen.

Zu Beginn der von der ORKB durchgeführten Prüfung der auswärtigen Angelegenheiten erklärte das Ministerium, Kanadas Zielsetzung beim Eintritt in eine internationale Organisation bestehe in einer aktiven Mitgliedschaft für den gesamten Zeitraum des Bestehens dieser Organisation. Die ORKB erwiderte darauf, daß die fiskalischen Gegebenheiten harte Entscheidungen erzwingen, und daß das Ministerium verpflichtet sei, diesen internationalen Verpflichtungen gegenüber eine geschäftsmäßigere Haltung einzunehmen. Die weltweit anstehenden Fragen und die aufgrund dessen zu setzenden Prioritäten sind Veränderungen unterworfen. Tatsächlich waren in einigen kanadischen Auslandsmissionen und bei einigen Amtsträgern am Hauptsitz des Ministeriums bereits Zweifel über die Relevanz einiger Aspekte bestimmter von verschiedenen internationalen Organisationen durchgeführter Programme laut geworden. Die kanadische ORKB freut sich, mitteilen zu können, daß in dieser Angelegenheit eine Einigung mit dem Ministerium erzielt werden konnte, und daß das Ministerium eingestanden hat, daß Kanadas weitere Mitgliedschaft in einigen internationalen Organisationen, besonders jenen mit sich überschneidenden Verantwortungsbereichen und kostspieligen bürokratischen Verfahren, einer Überprüfung bedürfe.

„Ein einzelnes Land, wie hoch auch seine finanzielle Beteiligung sein mag, ist nur in beschränktem Ausmaß in der Lage, die Wirksamkeit multilateraler Mittelverwendung zu beeinflussen“.

Möglichkeiten und Grenzen für einen einzelnen Staat und seine ORKB

Die zwei von der kanadischen ORKB durchgeführten Prüfungen veranschaulichen die Grenzen, an die Rechnungskontrollbehörden bei dieser Art von Prüfungstätigkeit stoßen. Ein einzelnes Land, wie hoch auch seine finanzielle Beteiligung sein mag, ist nur in beschränktem Ausmaß in der Lage, die Wirksamkeit multilateraler Mittelverwendung zu beeinflussen. Auch kann die ORKB eines Geberlandes nur Stellungnahmen zur Abwicklung der Beteiligung ihres eigenen Landes abgeben; es steht ihr nicht zu, direkte Aussagen über die Wirksamkeit, die Wirtschaftlichkeit oder den Einfluß der Tätigkeit einer internationalen Organisation zu treffen.

In diesem Themenkomplex kommt fraglos der Gemeinschaft der ORKBn eine zentrale Rolle zu. Nach Ansicht der kanadischen ORKB wird eine gründlichere Beantwortung der durch die Prüfungen aufgeworfenen Fragen zu gründlicherer Information sowohl für die internationale Organisation selbst als auch für die Mitgliedsländer führen. Die ORKBn könnten vor allem in solchen Fällen eine Rolle spielen, in denen die empfohlenen Maßnahmen die Miteinbeziehung der gesetzgebenden Körperschaften eines Landes erforderlich machen. Zu einem solchen Fall kam es bei der von der kanadischen ORKB durchgeführten Überprüfung der CIDA und der regionalen Entwicklungsbanken, als die ORKB eine Klärung der

Ermächtigung des Ministers zur Gewährleistung von außerbilanzmäßigen Finanzierungen und der allgemeinen Rechenschaftspflicht des Ministers empfahl.

Parallelprüfungen können einen positiven Unterschied bewirken

Kanada ist nicht das einzige Land, das einen großen Teil seiner offiziellen Entwicklungshilfe an die Tätigkeiten der internationalen Finanzinstitutionen koppelt. Und da Entwicklungshilfekredite mit Strukturanpassungsaufgaben beinahe ausschließlich von derartigen Organisationen vergeben werden, ist nach Ansicht der kanadischen ORKB die Zeit gekommen, die internationale Zusammenarbeit von ORKBn bei der Durchführung von Parallelprüfungen zu fordern.

Unter einer Parallelprüfung ist eine Prüfung zu verstehen, bei der zwei oder mehrere ORKBn ihre Überprüfung einer bestimmten internationalen Organisation oder eines Entwicklungsvorhabens koordinieren und sie annähernd zum gleichen Zeitpunkt und in gegenseitiger Absprache durchführen. Parallelprüfungen können sehr nützliche Ergebnisse liefern. Aufgrund der annähernd gleichzeitigen Verfügbarkeit der Prüfungsberichte der einzelnen ORKBn tragen Parallelprüfungen dazu bei, daß die durch die Prüfung aufgeworfenen Fragen in mehreren, von ähnlich gelagerten Problemen betroffenen Staaten gleichzeitig einer Erörterung unterzogen werden können, wodurch es leichter wird, mit vereinten Kräften Druck auf die jeweilige internationale Organisation auszuüben.

Überdies liegt angesichts der sich den Prüfern des öffentlichen Sektors bietenden Probleme (nachhaltige Entwicklung, Umweltschutz, internationaler Handel) der Schluß nahe, daß viele Prüfungsthemen und -methoden allen gemeinsam sein müßten, und daß solche Parallelprüfungen daher für die Teilnehmer einen willkommenen Anlaß zum Erfahrungsaustausch hinsichtlich der Prüfungsansätze und -methoden bieten könnten. Praktische Erfahrung wird damit für die Berufskollegen auf internationaler Basis auf breiterer Ebene verfügbar, was wiederum zu einer generellen Qualitätsverbesserung der in diesem Bereich durchgeführten Prüfungen führt.

Da nun von der INTOSAI Prüfungsrichtlinien verabschiedet wurden, können die obersten Rechnungskontrollbehörden ihr Augenmerk darauf lenken, wie sie von ihrer Arbeit gegenseitig profitieren und dabei nutzlosen Mehrfachaufwand bei der Überprüfung von Institutionen so gering wie möglich halten können. Es käme dadurch zu einer Verringerung der Gesamtkosten für die Prüfung von Entwicklungsvorhaben und zu einer Vertiefung der Prüfungstätigkeit zum Nutzen aller Beteiligten.

Allen im Prüfungsbereich Tätigen ist bekannt, daß die Qualität von Prüfungsfeststellungen steigt, wenn die Gesichtspunkte aller wichtigen Beteiligten gebührende Berücksichtigung finden. Diese Tatsache wurde durch die Erfahrungen der kanadischen ORKB bei der Überprüfung bilateraler Vorhaben immer wieder bestätigt. Qualitativ verbesserte, umfassende und zweckmäßige Prüfungen unter Berücksichtigung der Standpunkte aller Beteiligten sollten eine gut fundierte Diskussionsgrundlage bilden und letzten Endes zu einer Verbesserung des

Entscheidungsfindungsprozesses führen.

Ansatzpunkte

Es gibt mehrere Ansätze zum Thema Parallelprüfung, die es verdienen, daß man sich mit ihnen eingehender auseinandersetzt. Zwei oder mehrere Länder, die der OECD, dem Internationalen Währungsfonds, der Weltbank oder einer der regionalen Entwicklungsbanken angehören, könnten sich auf ein für alle relevantes Thema einigen, wie etwa die mit ihren Auslandsentwicklungsstellen in Zusammenhang stehenden Strukturanpassungsprogramme.

Gegenstand der Untersuchung könnte es sein, festzustellen, ob die Ausgaben der jeweiligen internationalen Organisation im Hinblick auf einen optimalen Mitteleinsatz verwaltet und überwacht werden, ob gesellschaftliche Faktoren in den Empfängerländern gebührend berücksichtigt werden oder ob Umweltschutzanliegen in die Projektabwicklung Eingang finden.

Ein weiterer Ansatz wäre die von zwei oder mehreren Geberländern durchgeführte Überprüfung der Verwaltung der finanziellen Beiträge im eigenen Land. Die Prüfungstätigkeit des einen Landes könnte dabei durch die Prüfungsergebnisse der anderen Länder bekräftigt werden.

Nicht zu vernachlässigen ist auch der Synergiegewinn durch eine von den externen Prüfern aller beteiligten Länder durchgeführte Parallelprüfung eines gemeinsam finanzierten Vorhabens. In einem solchen Falle könnten unabhängig von den Finanzierungsquellen und -methoden alle Ausprägungen der Geschäftsführung eines ganzen Projekts untersucht und dargelegt werden. Die oberste Rechnungskontrollbehörde Kanadas hat ein solches Experiment im Bereich der Parallelprüfung gemeinsam mit der obersten Rechnungskontrollbehörde Pakistans durchgeführt.

Abhängig vom jeweiligen Prüfungsvorhaben gibt es sicherlich noch eine Reihe anderer Ansätze, die von den ORKBn entwickelt werden könnten. Die kanadische ORKB nimmt an einem von der Canadian Comprehensive Auditing

Foundation veranstalteten Programm zur Qualitätssteigerung von in Entwicklungsländern durchgeführten Prüfungen teil. Das International Office Assistance Program der CIDA ermöglicht es ranghohen Prüfern des öffentlichen Sektors, im Rahmen eines Forschungsstipendiums ein Jahr in Ottawa zu verbringen. Die kanadische ORKB hofft, diese sich ausdehnenden Kontakte zu anderen ORKBn als Grundlage für die Entwicklung von Parallelprüfungen nutzen zu können.

Zusammenfassung

Internationale Organisationen mit multilateraler Mitgliedschaft sind aus unserer Welt nicht mehr wegzudenken und werden in der entstehenden weltumspannenden Wirtschaftstätigkeit zweifellos noch mehr an Bedeutung gewinnen. Darüber hinaus sind die Geberländer in zunehmenden Maße nicht mehr eigenverantwortlich tätig, weil nahezu alle Strukturanpassungskredite von souveränen Staaten über die Kanäle dieser Organisationen vermittelt werden, und viele Empfängerländer in gefährlichem Ausmaß überschuldet sind. Die Wirksamkeit der Arbeit internationaler Organisationen bei der Erreichung der ihnen gesteckten Ziele ist daher eine wichtige Angelegenheit, mit der sich alle obersten Rechnungskontrollbehörden früher oder später auseinandersetzen müssen. Alle Staaten sind aufgefordert, die Rechenschaftspflicht dieser Organisationen zu fördern und zu einer Verbesserung der Wirksamkeit ihrer Arbeit zur Erreichung ihrer erklärten Ziele und der Verwaltung des immer größer werdenden Anteils des weltweiten Auslands- und Entwicklungshilfenaufkommens beizutragen. Die obersten Rechnungskontrollbehörden sind für diese Aufgabe prädestiniert, und die kanadische ORKB empfiehlt der internationalen Rechnungskontrollgemeinschaft Erfahrungsaustausch und Parallelprüfungen als Mittel der Wahl, um „einen positiven Unterschied“ zu bewirken.

Nähere Auskünfte erhältlich bei Vinod Sahgal oder Esther Stern, Audit Principals, Foreign Affairs Audit Team, Office of the Auditor General of Canada, Ottawa, Ontario, Canada K1A 0G6. ■

Die Abschaffung eines „Wachhundes“

Von Asher Friedberg, Universität Haifa, Israel

Einleitung

Dieser Artikel befaßt sich mit der Abschaffung des „Wachhundes“ der kalifornischen Gesetzgebung, nämlich der Rechnungskontrollbehörde Kaliforniens. Dieses unglaubliche Ereignis ist auf ein ungewöhnliches Zusammentreffen von Umständen und auf von Zynismus gefärbte politische Überlegungen zurückzuführen. Diese Angelegenheit liefert ein anschauliches Beispiel für das Konzept der öffentlichen Rechenschaftspflicht, die Bedeutung der öffentlichen Präsenz der staatlichen Finanzkontrolle und den Einfluß kurzfristiger politischer und bürokratischer Überlegungen auf die Befugnisse und Überlebenschancen der staatlichen Finanzkontrolle.

Staatliche Finanzkontrolle in den Vereinigten Staaten von Amerika

Der Aufgabenbereich der obersten Rechnungskontrollbehörde der USA, des U. S. General Accounting Office, das sich hauptsächlich mit der Überprüfung der Tätigkeiten und Ausgaben der amerikanischen Bundesregierung befaßt, ist allgemein bekannt. Für die Aufgabenbereiche der Rechnungskontrollbehörden der 50 Bundesstaaten der USA trifft das in weitaus geringerem Maße zu.

Es herrscht wenig Einheitlichkeit im Hinblick auf die Aufgabenbereiche und Prüfungsschwerpunkte der einzelstaatlichen Rechnungskontrollbehörden. Viele der einzelstaatlichen Rechnungskontrollbehörden befassen sich in erster Linie mit den traditionellen, durch einzel- und bundesstaatliche Gesetze vorgeschriebenen Ordnungs- und Rechtmäßigkeitsprüfungen. Gemäß dem Bundesgesetz über Einzelprüfungen aus dem Jahr 1984 kann die Nichteinhaltung der darin dargelegten Bestimmungen die Nichtgewährung bundesstaatlicher Finanzhilfe an den betroffenen Staat nach sich ziehen. Ebenso können durch eine solche Nichteinhaltung die Ausgabe und der Verkauf von Anleihen des betroffenen Staats beeinträchtigt werden. Es ist daher nicht unangebracht zu behaupten, daß ein großer Teil der einzelstaatlichen Rechnungskontrollbehörden in den USA als eine Art „Wachhund“ der Finanzkontrolle ein Auge auf die von den einzelstaatlichen Behörden ausgegebenen Steuergelder in Milliardenhöhe haben.

Die gesetzgebenden Körperschaften der einzelnen Staaten sind sich der Tatsache bewußt, daß die staatliche Finanzkontrolle den Eckstein der öffentlichen Rechenschaftspflicht bildet. So zeichnet sich in den letzten zwei Jahrzehnten die Entwicklung ab, daß eine stetig wachsende Anzahl von einzelstaatlichen Rechnungskontrollbehörden Wirtschaftlichkeits-

prüfungen durchführt. Berichten zufolge sollen im Jahr 1990 36 einzelstaatliche Rechnungskontrollbehörden Wirtschaftlichkeitsprüfungen vorgenommen haben; es ist jedoch sehr wenig Datenmaterial über diese Tätigkeiten erhältlich. In Kalifornien zum Beispiel waren zwei Drittel der Tätigkeiten der staatlichen Rechnungskontrollbehörde auf die Erfüllung der in Bundes- und Einzelstaatsgesetzen festgeschriebenen Vorschriften bezüglich der Finanzkontrolle ausgerichtet. Der verbleibende Teil der Prüfungstätigkeiten entfiel auf Wirtschaftlichkeitsprüfungen und Sonderprüfungen.

Die Finanzkontrolle im US-Bundesstaat Kalifornien

Die kalifornische Rechnungskontrollbehörde, das Office of the Auditor General, wurde im Jahr 1955 mit dem Auftrag gegründet, auf staatlicher und lokaler Ebene unabhängige Prüfungen durchzuführen. Bis 1969 befaßte sich die Rechnungskontrollbehörde fast ausschließlich mit Ordnungs- und Rechtmäßigkeitsprüfungen, und zwar in erster Linie der Rechnungsführung staatlicher Behörden. Im Jahr 1969 wurde ihr Prüfungsauftrag von der gesetzgebenden Körperschaft auf die Durchführung von Wirtschaftlichkeitsprüfungen (Wirtschaftlichkeit, Sparsamkeit und Wirksamkeit) ausgedehnt. Ihren eigenen Aufzeichnungen zufolge hat die kalifornische Rechnungskontrollbehörde seit ihrer Gründung ungefähr 2000 Prüfungen auf verschiedenen Gebieten vorgenommen, und zwar teilweise aufgrund von Bundesgesetzen und kalifornischen Gesetzen und teilweise im Auftrag der Gesetzgebung oder des Leiters der Rechnungskontrollbehörde. In den vergangenen 10 Jahren wurden 465 Prüfungen vorgenommen.

In den 80er und frühen 90er Jahren belief sich der Personalstand der kalifornischen Rechnungskontrollbehörde auf durchschnittlich 160 Personen, 140 davon Prüfer und 20 Verwaltungspersonal. Bei den Prüfern handelte es sich ausnahmslos um Akademiker, von denen etwa die Hälfte Abschlüsse in Betriebswirtschaft oder Verwaltungsrecht vorweisen konnten. Etwa 60 Angestellte waren beedete private Wirtschaftsprüfer. Bei der Schließung der kalifornischen Rechnungskontrollbehörde im Jahr 1992 belief sich der Personalstand auf 180 Personen.

Eine im Jahr 1992 durchgeführte Kosten-Nutzen-Analyse für die kalifornischen Steuerzahler sprach deutlich für die Rechnungskontrollbehörde. Jeder in die Rechnungskontrollbehörde investierte Dollar aus dem Staatshaushalt schlug sich mit einer Einsparung von ungefähr 6 US-Dollar zu Buche.

Nach Schätzungen des Leiters der Rechnungskontrollbehörde beliefen sich die Einsparungen für den Staat im Zeitraum von 1982 bis 1991 auf 513,5 Millionen US-Dollar. Zusätzlich dazu betrieb die Rechnungskontrollbehörde eine Art „Kummernummer“ für Beschwerden der Bürger über die unrechtmäßige Verwendung öffentlicher Gelder. Bei dieser Nummer gingen etwa 34.000 Anrufe ein, aus denen sich 1.350 einzelne Beschwerdefälle ableiten ließen. Etwa die Hälfte der Beschwerden erwies sich als gerechtfertigt und führte zur Aufnahme von gerichtlichen Verfahren.

Alles in allem läßt sich die in Kalifornien praktizierte Finanzkontrolle als qualitativ hochstehend bezeichnen - sie wurde wirtschaftlich und gründlich durchgeführt und entsprach den gesetzlichen Bestimmungen. Die Rechnungskontrollbehörde verfügte über einen großen Erfahrungsschatz und leistete wichtige Beiträge für die Gesetzgebung und den Gesamtprozeß der öffentlichen Rechenschaftspflicht. Wie überraschend einem das auch erscheinen mag, diese Leistungen reichten nicht aus, das Weiterbestehen der Rechnungskontrollbehörde zu sichern.

Der Grund für die Schließung der kalifornischen Rechnungskontrollbehörde

Wahl- und Verwaltungsverfahren und die Ereignisse in Kalifornien

Im Regelfall werden die Vorwahlen für das Unterhaus (State Assembly) und den Senat von Kalifornien jedes Jahr im Juni, und die allgemeinen Wahlen im November abgehalten. Zusätzlich dazu können die Wahlberechtigten noch über verschiedene Vorlagen abstimmen, die entweder auf Antrag eines bestimmten Prozentsatzes der diese Vorlage einbringenden Wahlberechtigten oder auf Antrag des Ober- und Unterhauses gemeinsam eingebracht werden.

Bis zum Jahr 1978 wurden jedoch nur wenige solche Vorlagen den Wahlberechtigten zur Abstimmung vorgelegt. Im Jahr 1978 führte die durch die Berichterstattung zu allgemeiner Bekanntheit gelangte Vorlage 13 zu einem Wendepunkt im Einsatz dieses Verfahrens. Zwei über die ständig ansteigenden lokalen Steuern verärgerten Bürgern gelang es, die zur Einleitung dieses Verfahrens erforderlichen 600.000 Unterschriften zu sammeln. Die von ihnen eingebrachte Vorlage legte fest, daß die Kommunalbehörden in Kalifornien nicht ohne unmittelbare Zustimmung von zwei Dritteln der wahlberechtigten Bürger Steuererhöhungen vornehmen können. Die Vorlage erzielte bei der Abstimmung die Stimmenmehrheit und wurde als Gesetz verabschiedet. Dieser Erfolg führte zu einer Welle neuer Vorlagen bei jeder neuen Wahl; seit 1978 wurden den Wahlberechtigten mehr als 150 Vorlagen zur Abstimmung vorgelegt. Der Fortschritt im Bereich der EDV- und Kommunikationstechniken hat das Sammeln der erforderlichen Unterschriftenzahl relativ einfach gemacht. Andererseits aber haben die Vielzahl der Vorlagen und die Schwerfälligkeit und Komplexität des Verfahrens dazu geführt, daß das Verfahren nicht mehr von allen Wahlberechtigten mit gebührendem Ernst behandelt wurde.

Im November 1990 wurde die Vorlage 140 mit dem Ziel

der Beschränkung der Amtszeit für Abgeordnete des Oberhauses auf zweimal vier Jahre und für Abgeordnete des Unterhauses auf zweimal drei Jahre zur Abstimmung gebracht. Diese Vorlage sah auch, sozusagen im „Kleingedruckten“, eine 40prozentige Haushaltskürzung für die gesetzgebenden Körperschaften vor. Die Vorlage wurde als Einheit betrachtet und auch in dieser Form von den Wahlberechtigten angenommen. Paradoxerweise wurde in der Vorlage weder die kalifornische Rechnungskontrollbehörde noch ein anderer Zweig der Legislative, die Haushaltsanalysestelle (ein seit 50 Jahren bestehendes, 120 Mitarbeiter umfassendes Gremium, das objektive Analysen der budgetären, wirtschaftlichen und finanziellen Aspekte der exekutiven Regierungsgewalt lieferte) erwähnt.

Angesichts der vom Wahlvolk beschlossenen Kürzung des jährlichen Haushaltsansatzes der Legislative von 185 Millionen US-Dollar auf 112 Millionen US-Dollar blieb der Legislative nur die Wahl, die Haushalte der einzelnen Bereiche zu kürzen oder ganze Bereiche abzuschaffen. Von Zynismus geprägte Überlegungen politischer und bürokratischer Natur veranlaßten die Gesetzgeber, den zweiten Weg zu wählen, d.h. die zwei als „Wachhunde“ fungierenden Bereiche der Legislative zu schließen. Die Vertreter der Gesetzgebung zogen es offensichtlich vor, keine politischen Berater und Wahlkampfhelfer zu opfern. Zum Zeitpunkt des Geschehens fielen sowohl die Reaktionen in der Öffentlichkeit als auch in den Medien überraschend gedämpft aus.

Die Legislative legte beim Obersten Gerichtshof Kaliforniens Berufung ein mit dem Ziel, die in der Vorlage festgeschriebene Beschränkung der Amtszeit für verfassungswidrig erklären zu lassen. Der Oberste Gerichtshof lehnt den Antrag ab und erklärte die Entscheidung der Wahlberechtigten für völlig verfassungskonform. Die Frage der Haushaltskürzungen und der daraus resultierenden Abschaffung der „Wachhunde“ der gesetzgebenden Regierungsgewalt war nicht Gegenstand des Berufungsverfahrens. Nach Ergehen des gerichtlichen Urteils wurde dem Leiter der Rechnungskontrollbehörde und der Haushaltsanalysestelle mitgeteilt, daß für ihre Tätigkeiten keine Haushaltsmittel zur Verfügung stünden.

Der Kampf des amtsführenden Leiters der Rechnungskontrollbehörde um den Weiterbestand der staatlichen Finanzkontrolle

Der amtsführende Leiter der Rechnungskontrollbehörde, Kurt Sjoberg, beschloß, mit dieser Angelegenheit an die Öffentlichkeit zu gehen und für den Weiterbestand der staatlichen Finanzkontrolle in Kalifornien zu kämpfen. Sjoberg und seine Mitarbeiter legten fünf verschiedene Modelle für die Weiterführung ihrer Behörde vor. Vier davon sahen die Schaffung einer neuen, an die Legislative angeschlossenen Personalprüfungsstelle vor.

Nach mehreren Monaten politischen Taktierens beschlossen sowohl Ober- als auch Unterhaus mit Zweidrittelmehrheit, diese Angelegenheit dem Wahlvolk in Form von zwei Vorlagen zur Abstimmung zu unterbreiten. Die Vorlage 159 sah die Wiedereinsetzung der Rechnungskontrollbehörde vor, Vorlage 158 die der Haushaltsanalysestelle.

In der Zwischenzeit hatte die Finanzierung der Fortsetzung der Tätigkeit der Rechnungskontrollbehörde ein kritisches Stadium erreicht. Einige Mitarbeiter fanden andere Arbeitsstellen und reichten die Kündigung ein; zu diesem Zeitpunkt war der Personalstand auf weniger als 100 Mitarbeiter gesunken. Im Zeitraum zwischen dem 1. Juli 1991, als der Beschluß zur Einstellung der Zahlungen an die Rechnungskontrollbehörde in Kraft trat, und November 1992 hielt sich die Rechnungskontrollbehörde durch den Verkauf ihrer Dienstleistungen an andere, nach kalifornischem Recht überprüfungspflichtige Regierungsstellen über Wasser. Ohne eine Überprüfung nachweisen zu können, hätten diese Stellen Verluste an Bundeszuschüssen in Höhe von 16 Milliarden US-Dollar pro Jahr hinnehmen müssen.

Dadurch, daß die beiden gesetzgebenden Körperschaften die Verantwortung für die Zukunft der Rechnungskontrollbehörde (und der Haushaltsanalysestelle) dem Wähler übertragen hatten, befand sich die Rechnungskontrollbehörde in der nahezu unhaltbaren Lage, einen politischen Überlebenskampf führen zu müssen. Um festzustellen, wie stark die Tätigkeit der Finanzkontrolle im Bewußtsein der kalifornischen Bürger verankert sei, wurden Meinungsumfragen durchgeführt. Dabei ergab sich, daß 80 Prozent der Befragten nicht wußten, wer für die Erstellung der Prüfberichte verantwortlich war. Der öffentliche Bekanntheitsgrad und damit auch die Überlebenschancen der kalifornischen Rechnungskontrollbehörde hatten nahezu den Nullpunkt erreicht.

Es mußte nun an verschiedenen Fronten Unterstützung mobilisiert werden - bei verschiedensten Organisationen, bei den Medien und in der Öffentlichkeit. Dazu waren aber nicht unerhebliche Geldmittel vonnöten, die vom Personal der Rechnungskontrollbehörde aufgebracht wurden. Der amtsführende Leiter der Rechnungskontrollbehörde verkaufte selbst anläßlich einer bei ihm zu Hause abgehaltenen Benefizveranstaltung Hamburger und Hot Dogs an 250 Besucher. Der Rechnungskontrollbehörde gelang es, insgesamt 50.000 US-Dollar, die Mindestsumme für die benötigte Werbekampagne, aufzubringen. Es langten Unterstützungserklärungen von 31 Organisationen ein, und führende Persönlichkeiten aus den Bereichen Finanzkontrolle, Finanzwesen und Rechnungsführung auf lokaler und nationaler Ebene verliehen ihrer Unterstützung für das Anliegen der Rechnungskontrollbehörde Ausdruck. Der amtsführende Leiter der Rechnungskontrollbehörde nahm sich frei, um die Redaktionen von 45 Zeitungen, sowohl solcher mit nationaler Verbreitung wie etwa der Los Angeles Times als auch solcher von ausschließlich lokaler Bedeutung, dazu zu bewegen, durch die Veröffentlichung von Artikeln zu diesem Thema den Überlebenskampf der Rechnungskontrollbehörde zu unterstützen. Eine Zeitungsschlagzeile drückte in knappen Worten aus, worum es ging - „Rettet die Wachhunde“.

Ablehnung der Vorlage 159 durch die Wähler

Doch all dieser Einsatz reichte nicht aus, um die Unterstützung der Wähler für den Weiterbestand der Rechnungskontroll-

behörde zu gewinnen. Obwohl die Vorlage 159 zugunsten der Rechnungskontrollbehörde klar und verständlich abgefaßt war, wurde sie mit Zweidrittelmehrheit abgelehnt!

Nach Bekanntgabe des Abstimmungsergebnisses rief der amtsführende Leiter der Rechnungskontrollbehörde die verbliebenen 90 Mitarbeiter zusammen und verkündete die Auflösung der Behörde. Am 12. Dezember 1992 wurde die Rechnungskontrollbehörde geschlossen. Die drei letzten verbleibenden Personen, der amtsführende Leiter der Rechnungskontrollbehörde und zwei seiner Berater beschloßen, noch eine letzte Anstrengung zur Wiedereinführung der staatlichen Finanzkontrolle in Kalifornien zu unternehmen. Sie brachten die Mittel für ihre Gehälter und Spesen durch Prüfungen bei nach kalifornischem Recht überprüfungspflichtigen Regierungsstellen auf. Gleichzeitig bemühten sie sich, bei den Vertretern der Exekutivgewalt und der Legislative Unterstützung für eine Fortführung der staatlichen Finanzkontrolle in Kalifornien zu gewinnen, deren Aufgaben sonst an unabhängige Prüfer aus dem privaten Sektor vergeben worden wären. Im Zuge dieser Bemühungen wurde der Legislative die Gesetzesvorlage Nummer 37 zur Wiedererrichtung einer staatlichen Rechnungskontrollbehörde unterbreitet. Sie wurde sowohl vom Unter- als auch vom Oberhaus verabschiedet und erlangte am 7. Mai 1993 durch die Unterschrift des Gouverneurs von Kalifornien Gesetzeskraft.

Die neue Behörde heißt nun Bureau of State Audit anstelle von Office of the Auditor General. Der Leiter der Behörde wird vom Gouverneur aufgrund eines drei Kandidaten umfassenden, vom Gemeinsamen Legislativausschuß für Finanzkontrolle unterbreiteten Wahlvorschlages für eine Amtszeit von vier Jahren ernannt. Er kann nur auf Beschluß beider gesetzgebender Kammern seines Amtes enthoben werden.

Der der Behörde erlaubte Personalstand ist mit 115 begrenzt (im Vergleich zu den 180 früher in Spitzenzeiten beschäftigten Personen) und verfügt über Haushaltsmittel in der Höhe von 7,5 Millionen US-Dollar (früher 11 Millionen US-Dollar). Tatsächlich werden heute nur 50 Mitarbeiter beschäftigt. Ungefähr 35 Wirtschaftsprüfer betreuen auf temporärer Basis die Durchführung gesetzlich vorgeschriebener Aufgaben; andere Prüfungsaufgaben werden an unabhängige private Wirtschaftsprüfer vergeben. Da die Durchführung von Ordnungs- und Rechtmäßigkeitsprüfungen gesetzlich vorgeschrieben ist, geht die Verringerung des Personalstandes zu Lasten der Wirtschaftlichkeitsprüfungen. Am 5. August 1993 wurde Sjoberg, der viereinhalb Jahre lang als amtsführender Auditor General tätig gewesen war, gemäß den neuen gesetzlichen Bestimmungen zum Leiter der Behörde ernannt.

Dem zweiten „Wachhund“ der Legislative, der Haushaltsanalysestelle, war das Schicksal nicht gnädig. Sie wurde zwar als ein Bereich der Legislative weitergeführt, jedoch mit einer drastischen Einschränkung ihres Tätigkeitsbereiches. Statt wie bisher 120 Mitarbeiter, durfte sie nun nur mehr 45 beschäftigen, und ihr Aufgabenbereich wurde auf die Analyse des jährlich vom Gouverneur den beiden gesetzgebenden Kammern vorzulegenden Haushaltsplans eingeschränkt.

Schaffung einer neuen Rechnungskontrollbehörde

Am 7. Mai 1993, dem Tag, an dem das Gesetz zur Errichtung einer neuen staatlichen Rechnungskontrollbehörde in Kraft trat, verfaßte der amtsführende Auditor General von Kalifornien, ein Schreiben an den Leiter der obersten Rechnungskontrollbehörde der Vereinigten Staaten von Amerika (Comptroller General of the United States), in dem er seinem Dank für die von diesem gewährte Unterstützung Ausdruck verlieh:

„Die Verabschiedung der Gesetzesvorlage 39 durch den Senat bedeutet das Ende einer zweijährigen Odyssee, die in der Abschaffung der Rechnungskontrollbehörde im Dezember 1992 gipfelte; einer Behörde, die den Bürgern Kaliforniens 37 Jahre lang treu gedient hatte. Unglücklicherweise haben sich die engagierten und gutausgebildeten Mitarbeiter der Behörde auf der Suche nach neuen Arbeitsplätzen nun im Bereich der kommunalen und einzelstaatlichen Verwaltung oder im privaten Sektor verstreut. Die zur Erfüllung unserer Aufgabe benötigten Mitarbeiter wieder zurückzugewinnen, wird die erste Herausforderung sein, der wir uns stellen müssen. Dann müssen buchstäblich Dutzende Prüfungen, darunter auch die Einzelprüfung für den gesamten Bundesstaat, in Angriff genommen werden, um die auf einzelstaatlicher Ebene und auf Bundesebene vorgeschriebenen Fristen einzuhalten.“

Am 18. August 1993, einige Tage nach seiner Ernennung zum Auditor General, erläuterte Sjoberg dem Verfasser dieses Artikels seine Schlußfolgerungen aus dieser Angelegenheit. Er zitierte aus einer Vorlesung, die er kurz zuvor zu diesem Thema gehalten hatte: „Unsere Behörde hatte keine besondere Medienwirksamkeit aufzuweisen, es gab keine Pressekonferenzen oder PR-Stellen; die meisten Menschen kannten die Ergebnisse unserer Arbeit, waren sich aber nicht bewußt, wer sie verrichtete. ... Der Mensch ist ein lernfähiges Wesen. Als ich vor 23 Jahren meine Laufbahn begann, hätte ich mir nie träumen lassen, daß ich einmal als Politiker, Wahlkampfstrategie, Presse- und PR-Kontaktperson und Lobbyist auftreten würde müssen.“

Es besteht zweifellos die Gefahr, daß die Frage „Wer braucht eigentlich eine staatliche Finanzkontrolle?“ auch in den höchsten Rängen der Verwaltungshierarchie auf taube Ohren stoßen könnte.

Welche Lehren sind aus dieser Angelegenheit zu ziehen?

Handelt es sich hier um eine einmalige Angelegenheit, aus der andere staatliche Rechnungskontrollbehörden keine Lehren zu ziehen brauchen? Ich bin nicht dieser Ansicht. Es ist nicht schwer, das „Menetekel an der Wand“ für andere Rechnungskontrolleinrichtungen zu erkennen.

Zweifellos erfordert das Funktionieren von demokratischen Systemen Konzepte der staatlichen Finanzkontrolle wie etwa die Rechenschaftspflicht und die Überwachung der Rechtmäßigkeit der Vollziehung durch die Legislative. Für viele Prüfer, Forscher und Verwaltungsfachleute sind diese Konzepte unveränderliche Grundlagen der öffentlichen Finanzkontrolle, die in demokratischen Systemen nicht untergraben werden dürfen. Mächtige politische und bürokratische Interessengruppen jedoch sind in der Lage, diese Konzepte außer acht zu lassen. Es handelt sich hier um einen Bundesstaat der Vereinigten Staaten von Amerika, der für den hohen Grad an politischem Bewußtsein und Engagement seiner Bürger bekannt ist. Es besteht zweifellos die Gefahr, daß die Frage „Wer braucht eigentlich eine staatliche Finanzkontrolle?“ auch in den höchsten Rängen der Verwaltungshierarchie auf taube Ohren stoßen könnte.

Die Autorität der staatlichen Finanzkontrolle hängt in hohem Maße von ihrer Öffentlichkeitswirksamkeit, von der Einstellung der Gesetzgebung zur Rechenschaftspflicht, von der öffentlichen und rechtlichen Unterstützung und von politischen und bürokratischen Erwägungen ab. Die staatlichen Finanzkontrolleinrichtungen müssen sich ihrer Öffentlichkeitswirksamkeit und ihrer Fähigkeit, Unterstützung bei den Gesetzgebern, den Medien und der Öffentlichkeit zu mobilisieren, bewußt sein.

Unterstützung durch die Medien und Bewußtseinsbildung in der Öffentlichkeit über die Bedeutung der staatlichen Finanzkontrolle kann man als eine Teilgarantie für den Fortbestand einer öffentlichen Finanzkontrolle betrachten. Den Rest dieser Garantie muß sich die staatliche Finanzkontrolle durch ihre Tätigkeit selberarbeiten, durch fachlich einwandfreie Arbeit, Objektivität und Glaubwürdigkeit; durch die Vielfalt und den Inhalt der von ihr überprüften Bereiche und durch die Persönlichkeit ihres Leiters. Im Spannungsfeld von Finanzkontrolle, Politik und Kommunikation wird der staatliche Prüfer, ob ihm oder ihr das zusagt oder nicht, zu einem ausgeprägten Faktor, mit allen damit verbundenen Konsequenzen. Man muß sich ständig der darin verborgenen Gefahren und Risiken einerseits und der dadurch geschaffenen Möglichkeit zum Unterstützungsgewinn andererseits bewußt sein, um so für eine Position der Stärke und die Überlebensfähigkeit der staatlichen Finanzkontrolle sorgen zu können.

Nähere Auskünfte erhältlich beim Verfasser des Artikels, Universität Haifa, Mount Carmel, 31999 Haifa, Israel. ■

Länderprofil: Die Oberste Rechnungs-kontrollbehörde von Simbabwe

Anmerkung der Redaktion: Dieses Länderprofil basiert auf einervon der Obersten Rechnungskontrollbehörde Simbawwes im Jahr 1993 herausgegebenen Broschüre.

Geschichte

Die Ursprünge der obersten Rechnungskontrollbehörde Simbawwes gehen auf während der Kolonialzeit entstandene Institutionen zurück. Der für Südrhodesien geltende Kabinettsbefehl aus dem Jahr 1898 lautete: „Es sollen Vorkehrungen für eine einmal jährlich stattfindende vollständige und ausreichende Prüfung der Rechnungsführung der Britischen Südafrikagesellschaft im Hinblick auf alle eingenommenen und ausgegebenen Geldmittel getroffen werden.“ Der Kabinettsbefehl für Südrhodesien auf dem Jahr 1915 sah die Ernennung eines unabhängigen Auditor General vor, der ermächtigt war, alle Einnahmen und Ausgaben der Verwaltung zu überprüfen und ohne hinreichende Bevollmächtigung erfolgte Zahlungen einzustellen (mit Ausnahme des für alle Regierungseinnahmen eingerichteten „Exchequer Account“. Gleichzeitig mit der Erlangung des Selbstverwaltungsstatus im Jahr 1924 sorgte das Gesetz über Finanzkontrolle und Finanzverwaltung für die Errichtung einer Finanzkontrolleinrichtung. In den Jahren 1948 und 1967 erfolgte Novellierungen dieses Gesetzes vergrößerten den Rahmen der Befugnisse und Pflichten des Leiters der ORKB (Comptroller and Auditor General). Das Gesetz über Finanzkontrolle und Finanzverwaltung aus dem Jahr 1967 und spätere Novellierungen desselben bilden die Grundlage für die statutarischen Pflichten der heutigen obersten Rechnungskontrollbehörde.

Ernennung und Befugnisse des ORKB-Leiters

Abschnitt 105 der Verfassung sieht den Posten eines ORKB-Leiters vor und beschreibt das für seine Ernennung anzuwendende Verfahren sowie die ihm zugestandenen Befugnisse. Der ORKB-Leiter wird vom Präsidenten nach Beratung mit dem Ausschuß für den öffentlichen Dienst ernannt. Im Gegensatz zu allen anderen Amtsträgern in der ORKB, einschließlich der stellvertretenden ORKB-Leiter, ist der ORKB-Leiter selbst kein Beamter. Gemäß Abschnitt 106 der Verfassung gilt: „Der Comptroller and Auditor General ist keiner Weisungspflicht oder Kontrolle durch irgendwelche Personen oder Behörden außer durch das Parlament unterstellt.“

Nach den Bestimmungen des Gesetzes über Finanzkontrolle und Finanzverwaltung ist der ORKB-Leiter befugt und ermächtigt,

- sich uneingeschränkten Zugang zu Aufzeichnungen, Büchern, Belegen, Dokumenten, öffentlichen Geldern oder staatlichem Eigentum zu verschaffen, sofern dies zu zumutbaren Zeiten erfolgt;
- jegliche Person dazu zu ermächtigen, in seinem Namen jegliche Untersuchung, Nachforschung, Augenschein- oder Überprüfung jeglicher Bücher und Rechnungsunterlagen vorzunehmen;
- Informationen aus jeglichen sich in der Obhut eines Verwaltungsbeamten befindlichen Dokumenten, Büchern oder Aufzeichnungen zu suchen und zu ziehen;
- jegliche Person hinsichtlich der Einnahmen und Ausgaben öffentlicher Gelder, Entgegennahme und Ausgabe staatlichen Eigentums oder anderer Angelegenheiten unter Eid zu vernehmen;
- der obersten Justizbehörde in schriftlicher Form jegliche einer rechtlichen Begutachtung bedürftige Fragen vorzulegen; und
- Geldstrafen gegen Staatsbedienstete oder frühere Staatsbedienstete zu verhängen.

Pflichten des ORKB-Leiters

Die Verfassung und die Gesetze über die Finanzkontrolle sehen vor, daß der ORKB-Leiter

- die Rechnungsunterlagen aller rechnungsführenden Stellen untersucht, überprüft und darüber Nachforschungen anstellt;
- sich vergewissert, daß öffentliche Gelder und staatliches Eigentum abgesichert sind;
- die Rechnungsunterlagen „bezeichneter Körperschaften“ (halbstaatlicher Unternehmen) überprüft oder deren Überprüfung fremdvergift;
- Wirtschaftlichkeitsprüfungen bei der Zentralverwaltung und bei bezeichneten Körperschaften vornimmt;
- Kredit auf das Exchequer-Konto gewährt;
- Unterlagen für den parlamentarischen Rechnungsprüfungsausschuß vorbereitet;

- Berichte verfaßt und vorlegt, und
- alle anderen statutarisch vorgeschriebenen Pflichten wahrnimmt.

Zur Erfüllung dieser Aufgaben beschäftigt sich die ORKB hauptsächlich mit drei Arten von Prüfungen. Prüfungen der Rechnungsführung bringen Berichte über den Zustand der der ORKB vorgelegten Rechnungsabschlüsse hervor, was sowohl die Rechnungsunterlagen des Staates als auch die halbstaatlicher Unternehmen betrifft. Wirtschaftlichkeitsprüfungen zielen darauf ab, Informationen über die Wirtschaftlichkeit, Sparsamkeit und Wirksamkeit der Mittelverwendung durch die überprüften Organisationen zu liefern. Sonderprüfungen werden als Untersuchungen, und zwar hauptsächlich auf Anordnung des Parlaments hin, durchgeführt.

Berichtswesen

Der ORKB-Leiter erstellt jährlich Berichte über die in jedem Haushaltsjahr überprüften Rechnungsunterlagen und erteilt gegebenenfalls Bestätigungsvermerke. Im Regelfall werden die sich aus der jährlichen Bestätigungsprüfung ergebenden Berichte gemeinsam mit den zugehörigen Rechnungsunterlagen bei der Erteilung des Bestätigungsvermerks im März jeden Jahres dem Parlament zugeleitet. Berichte über die Ergebnisse der Überprüfungen der Rechnungsabschlüsse enthalten stets Hinweise auf gegebenenfalls notwendige Einschränkungen des Bestätigungsvermerks.

Zusätzlich zu ihrem Jahresbericht erstellt die ORKB gegebenenfalls auch Sonderberichte. Da das Aufgabengebiet der ORKB nunmehr auch Wirtschaftlichkeitsprüfungen umfaßt,

werden die Ergebnisse dieser Arbeit in Form eigener Prüfungsberichte dem Parlament vorgelegt.

Organisatorischer Aufbau und Personalstruktur

Die Leitung und Geschäftsführung der ORKB obliegt dem aus dem Comptroller and Auditor General, zwei stellvertretenden ORKB-Leitern und dem Stellvertretenden Leiter des Bereichs der halbstaatlichen Unternehmen bestehenden Leitenden Ausschuß. Die ORKB besteht aus 16 Sektionen, von denen 11 mit Ordnungs- und Rechtmäßigkeitsprüfungen und 3 mit Wirtschaftlichkeitsprüfungen befaßt sind. Zusätzlich dazu ist die Sektion für Informationswesen und Technologie mit der Ausstattung der ORKB mit EDV-Anlagen und der Überprüfung der EDV-Systeme anderer Verwaltungsstellen betraut. Die Sektion für Aus- und Weiterbildung sorgt für die Koordinierung und Durchführung interner Aus- und Weiterbildungsprogramme.

Das Personal der ORKB rekrutiert sich aus Absolventen von Universitäten, Fachhochschulen und Mittelschulen. Die ORKB legt Wert auf den Erwerb fachlicher Qualifikationen, für welchen Zweck auch finanzielle Mittel zur Verfügung stehen. Es werden auch Auffrischkurse, Seminare und externe Kurse zur Weiterbildung erfahrener Mitarbeiter angeboten.

Nähere Auskünfte über die oberste Rechnungskontrollbehörde Simbabwe sind erhältlich bei: The Comptroller and Auditor General, P.O. Box CY 143, Burroughs House, CNR Fourth Street, George Silundika Avenue, Causeway, Harare, Zimbabwe. ■

Neuerscheinungen

In der Einleitung zu *Developments and Trends (Trends und Entwicklungen)* stellt die Leiterin der schwedischen ORKB fest, daß „angesichts der immer komplexer werdenden Entscheidungsfindungsprozesse die Zentralstellen der Verwaltung Zugang zu hochwertiger, als Entscheidungsgrundlage geeigneter Information haben müsse.“ Fr. Ahlenius unterstreicht weiters, daß die ORKBn durch Gewährleistung verlässlicher und zweckmäßiger Information über die Finanzlage des öffentlichen Sektors ihren Beitrag zu dieser Informationsgrundlage leisten könnten. Die schwedische ORKB ist bemüht, dieses Ziel durch jährlich stattfindende Überprüfungen der Rechnungsführung und Geschäftstätigkeit und durch Wirtschaftlichkeitsprüfungen unter Berücksichtigung der Faktoren Wirtschaftlichkeit und Wirksamkeit bei staatlichen Dienststellen zu erreichen.

Developments and Trends enthält detaillierte Berichte über im Verlauf der 1993 beendeten Arbeiten als besonders wichtig erachtete Themen. Die von Mitarbeitern der ORKB verfaßten Abschnitte behandeln drei Hauptgebiete: grundlegende Probleme und Möglichkeiten, Veränderungen bei den staatlichen Kontrollmechanismen und externe Veränderungen. Zu den erörterten Themen gehören Landwirtschaftssubventionen, das Haushaltsdefizit, Unterstützung für Ruhestandsprogramme, die Rechnungsführung im Bereich der Verteidigungsausgaben und Verwaltungs- und Finanzrechnungssysteme.

Exemplare der Veröffentlichung sind in englischer Sprache erhältlich bei: **The Swedish National Audit Office, Box 45070, S-104 30 Stockholm, Sweden; Fax: 46 8 690 4123.**

Der französische Rechnungshof hat einen öffentlichen Sonderbericht über die sozialpolitischen Maßnahmen für erwachsene Behinderte veröffentlicht. Es handelt sich dabei um die Bewertung von durch ein Gesetz aus dem Jahr 1975 festgelegten politischen Richtlinien. Die Durchsetzung dieser Richtlinien oblag den zuständigen Stellen der Zentralverwaltung gemeinsam mit den lokalen Behörden, weshalb auch die Untersuchungen vom französischen Rechnungshof gemeinsam mit den regionalen Prüfungskammern (*Chambres Régionales des Comptes*) der Gebietskörperschaften vorgenommen wurden. Der Prüfungsauftrag umfaßte drei Hauptthemen: die Eingliederung erwachsener Behinderter in die Arbeitswelt, die gesellschaftliche Integration und die zur Durchsetzung dieser politischen Richtlinien geschaffenen Sonderstrukturen im Verwaltungs- und Finanzbereich. Nach der Untersuchung der Ergebnisse einer fast 20 Jahre umfassenden Durchsetzung

dieser politischen Richtlinien stellte der französische Rechnungshof einige Mängel fest und unterbreitete Vorschläge für zukünftige Reformen.

Die Ergebnisse dieser Arbeit liegen in Form von zwei Veröffentlichungen vor, die beide den Titel „*Les Politiques Sociales en Faveur des Personnes Handicapées Adultes*,“ („Sozialpolitische Maßnahmen für erwachsene Behinderte,“) tragen. Der 294 Seiten umfassende Bericht an den Präsidenten der Republik enthält zahlreiche Grafiken und Tabellen sowie Reaktionen von Seiten der staatlichen Stellen und Behörden. Eine gekürzte, 24 Seiten umfassende Zusammenfassung in französischer Sprache ist erhältlich bei: **Direction des Journeaux Officiels, 26 rue Desaix, 75727, Paris, Cedex 15, France.**

Von Investoren zum Schutz gegen oder zur Spekulation bezüglich Zins-, Wechselkurs- oder Wertpapier- und Warenpreisschwankungen verwendete Verträge nennt man *Derivate* oder *abgeleitete Finanzinstrumente*. Das Ansteigen der Schwankungen bei Wechselkursen und Zinssätzen im Verlauf der 70er und 80er Jahre und die zunehmende Differenzierung der Finanzmärkte, der Informationsverarbeitungs- und Kommunikationstechnik hat in jüngster Zeit zur vermehrten Verwendung solcher *Derivate* geführt. Obwohl *Derivate* eine wichtige Funktion auf dem globalen Finanzmarkt erfüllen, bergen sie doch schwerwiegende Risiken für das internationale Finanzsystem in sich.

Vor zwei Jahren nahm die ORKB der Vereinigten Staaten von Amerika, das *General Accounting Office (GAO)*, die Arbeit an Untersuchungen mit dem Ziel auf, das Ausmaß und die Art des Einsatzes von *Derivaten*, die aus ihnen für Einzelunternehmen und das gesamte Finanzsystem erwachsenden Risiken, den Grad der Kontrolle mittels Vorschriften und Bestimmungen, die Zweckmäßigkeit von Rechnungsführungsvorschriften und die Auswirkungen auf internationaler Ebene zu überprüfen. Die von der US-amerikanischen ORKB vorgenommenen Untersuchungen ergaben, daß weder von Seiten der Finanzbranche noch von staatlicher Seite Durchführung- oder Kontrollbestimmungen vorhanden waren. Der Bericht des GAO wurde im Mai 1994 veröffentlicht, gerade zu dem Zeitpunkt, als Berichte über Verluste in Millionendollarhöhe aus *Derivattransaktionen* in der Weltpresse erschienen.

Der GAO-Bericht mit dem Titel „*Financial Derivatives: Actions Needed to Protect the Financial System*,“ (*Abgeleitete Finanzinstrumente: Maßnahmen zum Schutz des Finanz-*

systems) (GGD-94-133) ist auf schriftliche Anfrage erhältlich bei: **U.S. Accounting Office, Office of International Audit Organization Liaison - Room 7806, 441 G Street NW, Washington, DC 20548, USA; Fax 202-512-4021.** Der Bericht ist in englischer Sprache erschienen; Einzelexemplare sind kostenlos erhältlich.

Im Jahr 1993 schloß die oberste Rechnungskontrollbehörde Neuseelands eine Untersuchung über die finanzielle Lage von regionalen und lokalen Behörden und das Ausmaß der von ihnen betriebenen langfristigen Finanzplanung ab. Die ORKB führte Einzelüberprüfungen für beinahe alle Gremien auf Stadt-, Bezirks- und Regionalebene durch. Über die sich aus den Überprüfungen ergebenden Fragen wurde jedem einzelnen Gremium nach eingehender Erörterung Bericht erstattet. Ein eigener Bericht, der die Ergebnisse der Untersuchung zusammenfaßte, wurde dem Parlament vorgelegt.

Zur Durchführung dieser Tätigkeit entwickelte die ORKB umfassende Prüfungsrichtlinien, die auch den lokalen Gremien vor der Überprüfung übermittelt wurden. Diese Richtlinien wurden wohlwollend aufgenommen und werden nun von vielen Gremien bei ihren fortgesetzten Bemühungen zur Einführung einer längerfristigen Finanzplanung verwendet. Aufgrund der steigenden Nachfrage nach diesen Richtlinien hat die ORKB vor kurzem *A Guide to Monitoring the Financial Condition of Local Authorities* (Anleitung zur Überwachung der Finanzlage von lokalen Behörden) veröffentlicht. Diese Anleitung erläutert Kriterien, Praktiken und Vorgangsweisen zur Überwachung der Finanzlage sowie Grundlagen einer zweckmäßigen Wirtschaftsführung.

Exemplare der 48 Seiten umfassenden, in englischer Sprache erschienenen Anleitung sind erhältlich bei: **Reports Group, The Audit Office, Private Box 3928, Wellington, New Zealand; Fax (04) 471-6545.**

Im Jahr 1989 begann die ORKB von Japan mit der Herausgabe der „Government Audit Review,, (Zeitschrift für staatliche Finanzkontrolle) als Forum für die öffentliche Erörterung von Theorie und Praxis der öffentlichen Finanzkontrolle. In den acht bisher erschienenen Ausgaben wurden Artikel über das öffentliche Finanzwesen, über Rechnungsführung, Betriebswirtschaft, Haushalts- und Wirtschaftsführung und Finanzkontrolle veröffentlicht. In Anbetracht der engen internationalen Verflechtungen im wirtschaftlichen Bereich hat die japanische ORKB beschlossen, einmal jährlich eine Ausgabe der „Government Auditing Review,, in englischer Sprache herauszugeben, die zuvor in der japanischen Ausgabe erschienene Artikel beinhalten soll. Die folgenden Artikel finden sich im ersten Band: „The Triumph of Economic Science: Is Fukuyama Wrong, and, If So, Why?,, (Der Triumph der Wirtschaftswissenschaft: Hat Fukuyama recht, und, falls ja, warum?) von James M. Buchanan; „New Approaches to Public Sector Auditing,, (Neue Ansätze für die Finanzkontrolle im öffentlichen Sektor) von Tadao Miyakawa; „Restructuring the Agricultural Policy System and the Implications for Auditors,, (Der Strukturwandel in der Landwirtschaftspolitik und seine Auswirkungen auf die Finanzkontrolle) von Masamitsu Yasaka und „GAO Program Evaluations and BOA Effectiveness Audits,, (Programmbewertungen im General Accounting Office der Vereinigten Staaten und Wirtschaftlichkeitsprüfungen der japanischen ORKB) von Katsura Sakurada. Dieser Band beinhaltet auch einen Index für die japanische Ausgabe der „Government Auditing Review,, von 1989 bis 1993.

„Government Auditing Review, Volume 1,, ist kostenlos in englischer Sprache erhältlich bei: **Special Studies Section, Office of Special Programs, Board of Audit, 3-2-1 Kasumigaseki, Chiyoda-ku, Tokyo 100, Japan; Fax 81-3-3592-1807. ■**

Neuester Informationsstand über den XV. INCOSAI



Wie im Leitartikel der Ausgabe Januar 1994 dieser Zeitschrift von Fakhry Abbas, Präsident der ORKB Ägyptens (Central Auditing Organization - CAO) ausgeführt, wurden die Einladungen für den XV. INCOSAI bereits versandt. Die Reaktionen waren ermutigend; die CAO erhielt bereits Zusagen von mehr als 70 ORKBn. Die CAO ersucht alle übrigen ORKBn dringend um eine möglichst rasche Antwort.

Im Zusammenhang mit der Vorbereitung für den Kongreß im Jahr 1995 wird die CAO auch die 39. Tagung des Präsidiums der INTOSAI in der Woche vom 17. Oktober 1994 in Kairo veranstalten. Einladungen zu dieser Tagung sind an die Mitglieder des Präsidiums und an die Beobachter ergangen und die CAO erstellte in enger Zusammenarbeit mit dem Vorsitzenden des Präsidiums der INTOSAI und mit dem Generalsekretariat die Tagesordnung und das Programm für diese Tagung.

Eine der Hauptaufgaben der Tagung im Jahre 1994 besteht

darin, die Planung für den Kongreß im Jahre 1995 abzuschließen und alle Arbeitsgruppen und Komitees der INTOSAI werden über die erzielten Fortschritte und über ihre Pläne für den Kongreß berichten. Die CAO ersucht alle Mitglieder des Präsidiums, die für die Tagung des Präsidiums erforderlichen Unterlagen in so vielen Sprachversionen wie möglich vorzulegen, damit sichergestellt werden kann, daß die gesamte Dokumentation für eine Diskussion während der Tagung verfügbar ist. Das Präsidium wird auch Berichte der 1993 für die Erarbeitung von Handbüchern und Richtlinien für die Präsidiumstagungen und Kongresse sowie für die Kommunikation eingesetzten Arbeitsgruppen entgegennehmen.

Die CAO bereitete sich auf die bevorstehenden Tagungen auch sehr sorgfältig vor, indem sie den Mitarbeitern der Behörde Sprachunterricht in den Amtssprachen der INTOSAI ermöglichte. Ein besonderes Augenmerk wurde dabei auf die Abhaltung von Lehrgängen in Deutsch und Spanisch gelegt, um eine entsprechende Abdeckung aller fünf Amtssprachen sicherzustellen.

Für weitere Informationen über die Planung der Tagung des Präsidiums im Jahre 1994 und des Kongresses im Jahre 1995 wenden Sie sich an das Generalsekretariat des XV. INCOSAI, Central Auditing Organization, El-Aruba Street, P.O., Box 11789, Madinet Nassr City, Kairo, Arabische Republik Ägypten.

Erste Tagung der Arbeitsgruppe für Privatisierung

Die anlässlich des XIV. INCOSAI eingesetzte Arbeitsgruppe für Privatisierung der INTOSAI hielt ihre erste Tagung im Februar 1994 in London ab. Der von Sir John Born, dem Vorsitzenden der Arbeitsgruppe, organisierten zweitägigen Veranstaltung gelang es, wirkungsvolle Arbeitsbeziehungen zwischen den Mitgliedern der Arbeitsgruppe aufzubauen und über ein ausführliches Arbeitsprogramm für die Zeit bis zum XV. INCOSAI im Jahr 1995 in Kairo übereinzukommen.

Die Tagung trug dazu bei, Fortschritte in der Aufgabenteilung der Arbeitsgruppe zu erzielen, die darin besteht, Probleme, mit denen die ORKBn bei der Prüfung der Privatisierung konfrontiert sind, zu ermitteln und zu untersuchen; Informationen über eine Reihe von Erfahrungen der Mitglieder der Arbeitsgruppe mit der Lösung derartiger Probleme unter Berücksichtigung der einschlägigen Arbeit in den Regionen der INTOSAI auszutauschen; die Bereitstellung von

Informationen zu diesem Thema an die Mitglieder der INTOSAI zu erleichtern und dem XV. INCOSAI über Fortschritte zu berichten.

13 ORKBn nahmen an der Tagung teil - Australien, Belarus, Deutschland, Estland, Indien, Israel, Lettland, Neuseeland, Österreich, Polen, die Türkei, Ungarn, das Vereinigte Königreich sowie die ORKB von Schweden als Vertreter der EUROSAL.

Die Tagung begann mit einer Behandlung der Ergebnisse eines vor der Tagung an die Mitglieder der Arbeitsgruppe verteilten Fragebogens. Während der Diskussion wurden für die Mitglieder besonders interessante Themen hervorgehoben und auch auf Gemeinsamkeiten und Unterschiede in den Erfahrungen der Mitglieder hingewiesen. Anschließend konzentrierte sich die Diskussion auf Erfahrungen mit der Privatisierung auf regionaler Ebene, beginnend mit der beachtlichen Arbeit, die von der EUROSAL bereits geleistet wurde einschließlich eines Seminars über Privatisierung, das

1992 in Prag abgehalten worden war (siehe diese Zeitschrift, Ausgabe Juli 1992, Seite 12). Der Teilnehmer Polens berichtete über weitere Arbeiten der EUROSAI auf diesem Gebiet einschließlich der Pläne für den Kongreß der EUROSAI im Jahre 1995, wo die verschiedenen Aspekte der Prüfung der Privatisierung erörtert werden sollen. Es wurde übereingekommen, daß eine Fortsetzung der Zusammenarbeit zwischen der INTOSAI und der EUROSAI von Vorteil wäre.

Die Erfahrungen mit der Privatisierung in anderen Regionen wurden in Berichten von Australien, Indien und Israel dargelegt. Es war klar, daß die ORKBn bei der Prüfung von Privatisierungen ungeachtet ihres geographischen Standorts mit ähnlichen Fragen konfrontiert sind.

Die Erfahrungen des Vereinigten Königreichs

Während des zweiten Tages der Veranstaltung standen die Privatisierung im Vereinigten Königreich und die Lehren aus diesen Erfahrungen im Mittelpunkt der Diskussionen. Der Tag begann mit einem Vortrag des Finanzministeriums, des für die Koordinierung von Privatisierungen zuständigen Ministeriums, in dem die bedeutende Rolle, die ORKBn in diesem Prozeß spielen könnten, hervorgehoben wurde. Der Vortragende informierte die Arbeitsgruppe, daß die ORKBn sich entweder für eine eingeschränkte Betrachtungsweise entscheiden können und nur unbedeutende Einzelheiten untersuchen und kritisieren können (was dazu führen würde, daß positive Veränderungen hintangehalten würden) oder aber für eine umfassendere Beurteilung der Ergebnisse der Veräußerungen und der globalen Auswirkungen der Privatisierung im öffentlichen Sektor.

Der Tag fand mit einer Fallstudie über die Privatisierung der Girobank (eine Filiale des Postamtes des Vereinigten

Königreiches) unter der Leitung des Teilnehmers des Vereinigten Königreiches und eines Konsulenten seine Fortsetzung. Hierauf folgten Sitzungen in kleinen Gruppen, während derer die Teilnehmer die Fallstudie und andere damit zusammenhängende Fragen eingehender erörterten.

Die künftige Arbeit der Arbeitsgruppe

Die nächste Maßnahme der Arbeitsgruppe wird in einer Übermittlung eines Fragebogens an alle Mitglieder der INTOSAI bestehen, um diese über ihre Meinungen und Erfahrungen im Zusammenhang mit der Privatisierung zu befragen. Die Ergebnisse des Fragebogens werden von der Obersten Rechnungskontrollbehörde des Vereinigten Königreiches ausgewertet und den Mitgliedern der INTOSAI anläßlich des XV. INCOSAI vorgelegt werden. Die Arbeitsgruppe kam überein, ihre Arbeit auf vier Themen, die sich während dieser ersten Tagung ergeben haben, zu konzentrieren und beschloß, vor dem nächsten Kongreß eine weitere Tagung einzuberufen. Die Oberste Rechnungskontrollbehörde der Türkei erklärte sich bereit, als Gastgeber für diese Tagung im Juni 1995 in Ankara zu fungieren. Die vier Themen und die Berichtersteller für diese Tagung sind: die Umstrukturierung der Unternehmen vor der Privatisierung (Israel); die Gestaltung des Veräußerungsprozesses (Indien); die von den ORKBn für die Prüfung von Privatisierungen benötigten Fertigkeiten (Neuseeland), und das künftige Arbeitsprogramm - die Rolle ordnungspolitischer Maßnahmen (Deutschland). Weiters wird das Vereinigte Königreich über die Ergebnisse der Fragebogenerhebung berichten.

Für weitere Informationen über die Arbeit der Arbeitsgruppe wenden Sie sich an das National Audit Office, (Attention: Jeremy Colman), 157-197, Buckingham Palace Road, Victoria, London SW1W 9SP, England.

Die Arbeitsgruppe für Umweltprüfung trifft zusammen und bereitet den XV. INCOSAI vor

Der Rechnungshof der Europäischen Union war Gastgeber der ersten Tagung der Arbeitsgruppe für Umweltprüfung der INTOSAI, die am 25. und 26. April 1994 in Luxemburg stattfand. Unter der Leitung des Vorsitzenden der Arbeitsgruppe, Maarten Engwirda, einem Mitglied der Obersten Rechnungskontrollbehörde der Niederlande, erörterte die Arbeitsgruppe die Ergebnisse des im Jahr 1993 an alle ORKBn versandten Fragebogens und konzentrierte sich dann auf die Rolle als Vorsitzender des Thema I anläßlich des XV. INCOSAI in Kairo. An dieser ersten Tagung nahmen Vertreter der ORKBn Ägyptens, der Europäischen Union, Georgiens, Kameruns, Kanadas, Libyens, Maltas, Neuseelands, der Niederlande, Norwegens, Österreichs, Pakistans, Südafrikas, des Vereinigten Königreichs und der Vereinigten Staaten von Amerika teil.

Besondere Betonung der Rolle der Arbeitsgruppe beim XV. INCOSAI

Die Diskussionen über die Rolle der Arbeitsgruppe im Zusammenhang mit dem Thema I im Jahre 1995 begannen mit einer Einführung durch die Vertreter Ägyptens. Als Gastgeber des Kongresses berichtete Ägypten, daß die Vorbereitungen für den Kongreß im Gange sind. Die Hauptbeiträge für die Themen IB und IC sollen bis Mitte August in Ägypten einlangen, sodaß sie übersetzt und an alle ORKBn, die Länderbeiträge verfassen wollen, übermittelt werden können. Anschließend werden auf der Grundlage der Länderbeiträge bis März 1995 Zusammenfassungen erstellt, die vor dem Kongreß im September 1995 übersetzt und versandt werden sollen. Alle ORKBn werden aufgefordert, rasch zu antworten, um eine vollständige Dokumentation und eingehende Diskussionen während des Kongresses im Jahre 1995 zu gewährleisten. Die Dokumentation zum Thema IA wird von den Niederlanden in ihrer Eigenschaft als Vorsitzender der Arbeitsgruppe zur Vorlage und Erörterung während der Plenarsitzungen des

Kongresses erstellt werden.

Auswertung der Ergebnisse der Fragebogen- Erhebung, Besprechung der Definitionen

Ein wichtiger Tagesordnungspunkt war die Erörterung der Ergebnisse des Fragebogens, den 83 ORKBn beantwortet hatten. Eine der sich ergebenden Schlußfolgerungen bestand darin, daß die überwältigende Mehrheit der Befragten angab, daß ihre Regierungen über einen Umwelplan oder über eine gesetzlich verankerte Politik für Umweltfragen verfügten. Weiters führten drei Viertel der Befragten aus, daß ihre Behörden über Prüfungsbefugnisse irgendeiner Art in diesem Bereich verfügen; die Arbeitsgruppe stellte mit Genugtuung fest, daß mehr als die Hälfte dieser Behörden tatsächlich Umweltprüfungen durchführen.

Beachtliche Zeit wurde für die Erörterung einer Definition der Umweltprüfung aufgewendet. Die Arbeitsgruppe sprach sich für den Vorschlag aus, eine globale Vorgangsweise anzuwenden, die für jede ORKB nach Maßgabe ihrer besonderen Gegebenheiten nützliche Bestandteile aufweisen würde. Während der Diskussion wurde auch betont, daß dieselben Bestandteile, die für alle Prüfungen von Bedeutung sind, auch für Umweltprüfungen wichtig sind, nämlich Unabhängigkeit, Kriterien und Belegmaterial.

Die Delegierten stellten weitere gemeinsame Anliegen bei zahlreichen anderen, damit im Zusammenhang stehenden Fragen fest. Zum Beispiel hatten die meisten Delegierten den Eindruck, daß sich die Umweltprüfung nicht wesentlich von der normalen Prüfungstätigkeit unterscheidet, daß die Prüfer sich jedoch bewußt sein sollten, daß ein Unterschied zwischen Umweltprüfungen, wie sie von den ORKBn durchgeführt werden, und den fachbezogenen Prüfungen, die in der Privatwirtschaft durchgeführt werden, gemacht werden sollte. Weiters kam man überein, daß die Umweltprüfungen zwar nicht die Regierungspolitik unmittelbar in Frage stellen sollen, daß die sich aus derartigen Prüfungen ergebenden Empfehlungen jedoch die grundsatzpolitischen Vorhaben und Programme der Regierung indirekt beeinflussen können.

Die Arbeitsgruppe setzte sich umfassend mit Umweltprüfungen auseinander und kam überein, daß diese Ordnungs-

und Rechtmäßigkeits- sowie Wirtschaftlichkeitsprüfungen umfassen sollten. In Ländern ohne festgelegte Umweltpolitik können sich die ORKBn der Recht- und Ordnungsmäßigkeitsprüfungen des staatlichen Rechnungswesens bedienen, indem sie über die sich aus Mißmanagement im Umweltbereich möglicherweise ergebenden finanziellen Verpflichtungen berichten.

Alle diese Diskussionspunkte wurden als wichtige Bestandteile für die Beiträge zum Thema I „Umweltprüfung“ angesehen, die für den XV. INCOSAI ausgearbeitet werden sollen. Weiters wurden diese Punkte als gute Ausgangspunkte für eine Diskussion während der Sitzungen zu diesem Thema in Kairo befunden.

Betreffend die Methoden und Techniken unterstrich die Arbeitsgruppe, daß die ORKBn sich im allgemeinen nicht mit hochfachlichen Aspekten befassen, sondern vielmehr eine Koordination mit Experten auf dem jeweiligen Gebiet, wie auf Umweltprüfung spezialisierten Innenrevisoren sicherstellen sollen. Einige ORKBn verpflichten Berater oder stützen sich auf von Innenrevisoren zur Verfügung gestellte Informationen; in allen Fällen wurde jedoch betont, daß derartige Maßnahmen die Unabhängigkeit der ORKB in keiner Weise gefährden dürfen.

Einen weiteren, von der Arbeitsgruppe erörterten Themenbereich stellte der Wert des Informations- und sogar Personalaustausches mittels Dienstzuteilungen auf dem Gebiet der Umweltprüfung dar. Es wurde vorgeschlagen, daß einfache Maßnahmen wie eine Aufstellung der von den ORKB über Umweltprüfungen veröffentlichten Berichte einen guten Ausgangspunkt für einen Informationsaustausch darstellen würde. Der Personalaustausch sowie gemeinsame oder parallele Prüfungen wurden ebenfalls besprochen.

Die nächste Sitzung der Arbeitsgruppe wird zur selben Zeit wie der XV. INCOSAI stattfinden, es wird jedoch mit umfangreichen Kontakten per Post oder per Telefon während der dieser Veranstaltung vorausgehenden Monate gerechnet.

Für weitere Informationen über die Arbeit der Arbeitsgruppe wenden Sie sich an die ORKB der Niederlande (Zu Hdn. Hr. Gaston Moonen, Algemene Rekenkamer, Lange Voorhout 8, NL-2500 EA-'s-Gravenhage, Niederlande).

Seminar der ASOSAI/IDI über die Prüfung der Auslandshilfe

Die ASOSAI und IDI finanzierten vom 22. bis zum 28. März 1994 in Lahore, Pakistan, ein Seminar über die Prüfung der Auslandshilfe. An dem mittels einer Subvention der Asiatischen Entwicklungsbank finanzierten Seminar, dessen Gastgeber der Leiter der ORKB Pakistans, Muhammad Naseer Ahsan, war, nahmen 26 Teilnehmer von 18 Obersten Rechnungskontrollbehörden aus der Region der ASOSAI teil. Die ORKBn Kanadas, Pakistans und des Vereinigten Königreichs sowie das IDI-Sekretariat gewährten fachliche und

administrative Unterstützung. Beobachter von der Asiatischen Entwicklungsbank und von USAID nahmen ebenfalls teil.

Gesamtziel des Seminars war eine Verbesserung der Wirksamkeit und der Rechenschaftspflicht im Zusammenhang mit der Auslandshilfe durch eine Prüfungstätigkeit aus der Sicht der Empfänger und der Geber. Das Seminar bot den ORKBn Gelegenheit, gängige Praktiken und Kernfragen zu diesem Thema festzuhalten und Erfahrungen und Methoden einzubringen. Ein weiteres wichtiges Ziel des Seminars bestand darin, dem Präsidium der ASOSAI spezielle Möglichkeiten zur Verbesserung der Prüfungstätigkeit in diesem Bereich zu empfehlen.

Als Vorbereitung auf das Seminar erstellten die Teilnehmer eine schriftliche Übersicht über die Erfahrungen ihres Landes mit dieser Frage. Ihre Beiträge enthielten auch Informationen über fünf während des Seminars zu behandelnde Themen: Haushalts- und Wirtschaftsführung und Kontrolle; Wirtschaftlichkeitsprüfungen, die Prüfung der Rechenschaftspflicht, die Prüfung der Zweckmäßigkeit und die wachsende Rolle der ORKB. Die Diskussionen während des Seminars über diese Themen wurden durch eine Podiumsdiskussion mit Vertretern der Weltbank, der Asiatischen Entwicklungsbank und des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen (UNDP) ergänzt, die die Ziele des Seminars unterstützten.

Das Seminar erbrachte eine Reihe spezieller Ergebnisse. Die Teilnehmer erarbeiteten einen Maßnahmenkatalog, in dem angeführt ist, was ihre ORKBn tun könnten, um die während des Seminars behandelten Probleme zu lösen. Ein wichtiger Aspekt hierbei war die Notwendigkeit, in allgemeine und spezielle bilaterale Projektabskommen entsprechende

Prüfungsklauseln aufzunehmen, die das Recht der ORKB auf Zugang zu Informationen und die von den Hilfsprojekten erwarteten Ergebnisse genau anführen.

Das unmittelbare Ergebnis war ein zusammenfassender Seminarbericht, in dem gängige Praktiken angeführt werden und ein möglicher Rahmen für eine Prüfungstätigkeit zur Behandlung dieser Fragen beschrieben wird. Der Bericht geht auch auf die wachsende Rolle des Präsidiums der ASOSAI bei der Verbesserung der Qualität der Prüfung der Auslandshilfe ein. Zusammenfassend ermöglichte das Seminar einen konstruktiven Dialog über eine Reihe von für ORKBn in der ganzen Welt interessanten Themen. Im Hinblick hierauf traf IDI Vorkehrungen, um eine Zusammenfassung des Seminarberichtes herauszugeben und an alle INTOSAI-Mitglieder zu verteilen.

Für weitere Informationen wenden Sie sich an IDI, Office of the Auditor General of Canada, 11th Fl. West Tower, 240 Sparks Street, Ottawa, Ontario, Kanada K1A 0G6. ■



Teilnehmer am ASOSAI/IDI-Seminar in Lahore, Pakistan